

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Geschäftsinserte und Privatanzeigen kosten pro 3 gepaltene Kolonnen-Beile oder deren Raum 2 M. Arbeitsmarkt und Stellen-Inserte pro Beile 50 P.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Verlag von A. Wey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: G. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, 3. St. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Der Legitimationszwang für ausländische Arbeiter.

Am 21. Dezember 1907 ging sämtlichen Regierungs- und Polizeipräsidenten ein Erlass des Ministeriums des Innern zu. Derselbe enthielt nach einem Hinweis auf die Klagen der Landwirte über die „zunehmende Unbarmherzigkeit, Gewalttätigkeit und vor allem Kontraktbrüche“ einen fertigen Plan für die Einführung von „Inlandausweispapieren“. Die Einführung sollte jedoch zunächst nur für die aus Rußland, Oesterreich-Ungarn und deren östlichen Hinterländern kommenden Arbeiter erfolgen. Die Ausführung ist wie folgt geregelt: Die „Feldarbeiterzentralstelle“ — eine von den Landwirtschaftskammern eingerichtete Organisation zur Vermittlung ausländischer Arbeiter für die Landwirtschaft — errichtet an den östlichen Grenzen 28 Grenzämter:

Annaberg, Pleß, Neuberin, Gr.-Gheln, Myslowitz, Rattowitz, Herzh, Rosenburg, Kreuzburg, Wilhelmsbrück, Grabow, Dittow, Neu-Stalmitzkyce, Pleßchen, Woryzlowo, Strelowo, Kruschwitz, Hohenjalsz, Thorn, Gallup, Strassburg, Ilowo, Ortelzburg, Johannisburg, Proßten, Gohytahnen, Jüterburg und Tilsit.

Später ist dann noch Essen hinzugekommen, sowie ein Amt in der Hauptzentrale Berlin. In diesen Grenzämtern werden den zureisenden Ausländern Karten in deutscher Sprache ausgestellt, die dann von den Polizeibehörden beglaubigt werden. Für die Ausstellung einer solchen Karte muß der Arbeiter zwei Mark und bei Verlust derselben für ein Duplikat eine Mark bezahlen. Ohne solche Legitimationskarte darf seit 1. Februar dieses Jahres kein aus den angeführten Ländern zugereister Arbeiter angenommen werden. Verläßt er sein Arbeitsverhältnis, so muß die Ortspolizeibehörde auf der Karte bestätigen, daß das Arbeitsverhältnis ordnungsgemäß gelöst ist, und die Karte auf den neuen Arbeitgeber umschreiben. Erhebt aber der bisherige Arbeitgeber gegen den Vermerk Widerspruch, so wird dem Arbeiter die Karte abgenommen und dem Landrat zur Entscheidung vorgelegt, der zu prüfen hat, ob der Arbeiter kontraktbrüchig geworden ist. Wird durch Entscheidung des Landrats (in kreisfreien Städten und in den Städten der Provinz Hannover der Polizeiverwaltung) oder durch gerichtliches Urteil Kontraktbruch festgestellt, so erfolgt die Umschreibung der Karte nicht, der Arbeiter wird vielmehr ausgewiesen oder über die Grenze zurückbefördert. Die Ausweisung bzw. Rückbeförderung findet aber nach Abs. 11 des Erlasses dann nicht statt, wenn der Arbeiter in das aus der Legitimationskarte sich ergebende frühere Arbeitsverhältnis zurückkehrt. Dadurch ist dem Unternehmer ein Freibrief für alle Schikanen und Ungerechtigkeiten ausgestellt, denn der ausländische Arbeiter kann sein Arbeitsverhältnis „ordnungsgemäß“ nicht lösen, weil er durch langfristige Verträge gebunden ist; kontraktbrüchig zu werden, scheut er sich aber aus Furcht vor der Ausweisung.

Die Karten werden in drei Farben ausgestellt: die ausländischen Polen erhalten rote, die Ruthenen gelbe und alle übrigen weiße. Die Inhaber der roten Karten — also die Polen — dürfen, wie schon erwähnt, in der Zeit vom 20. Dezember bis 1. Februar nicht in Preußen beschäftigt, ja überhaupt nicht anwesend sein. Ein entsprechender Vermerk ist auf den roten Karten vorgebrudt.

Die eben skizzierte Einrichtung der Legitimationskarten war ursprünglich nur für Preußen vorgesehen, sie ist aber inzwischen von einer ganzen Reihe Bundesstaaten gleichfalls eingeführt worden. Neben beiden Mecklenburg, beiden Lippe-Ländchen, Oldenburg und Anhalt hat in letzter Zeit auch das Königreich Sachsen die Einführung des Legitimationszwanges beschlossen. Bayern hat sich gleichfalls schon zur Einführung bereit erklärt. Neben dieser territorialen Erweiterung wird zurzeit eine Ausdehnung des Zwanges auf die aus Italien einwandernden Arbeiter erwogen, ja, die Einführung der Karten für alle ausländischen Arbeiter ist schon ins Auge gefaßt.

Ueber die Zahl der bereits ausgegebenen Karten machte Dr. Hodenstein in einer Versammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, die am 27. Juli in Berlin tagte, folgende Mitteilungen. In den ersten 5 Monaten (Februar bis Ende Juni) wurden auf allen Grenzämtern zusammen 384 000 Karten ausgestellt; davon waren rote (Polen) 262 000, gelbe (Ruthenen) 50 000 und weiße (sonstige Ausländer) 72 000. Danach waren reichlich zwei Drittel der aus den östlichen Grenzländern einwandernden Arbeiter Polen. Die überwiegende Mehrzahl der Einwanderer besteht aus ungelerten Arbeitern, die, wie schon im vorigen Artikel angeführt, gerade in den für den Fabrikarbeiterverband in Betracht kommenden Industriezweigen Unterkunft suchen. Für qualifizierte Arbeiter sind die meisten von ihnen unbrauchbar, aber es gibt ja in den Ziegeleien, Zuckerraffinerien usw. Arbeiten genug, die nur an den Körper Anforderungen stellen. Gewerkschaftlicher Aufklärung sind sie nur vereinzelt zugänglich. Solidaritätsgefühl kennen sie nur gegenüber dem Landmann. Da sie

aber in sehr vielen Betrieben die Mehrheit der Beschäftigten oder doch eine beträchtliche Minderheit bilden, hemmt ihre Gleichgültigkeit zugleich die Organisation der inländischen Arbeiter, die sich durch das Verhalten der Ausländer zur Ohnmacht verdammt sehen. Der geringe Fortschritt unserer Organisation in den östlichen Provinzen ist nicht zum wenigsten darauf zurückzuführen, daß dort soviel ausländische Polen in der Industrie beschäftigt werden.

Es zeigt sich also, daß gerade der Fabrikarbeiterverband ein erhebliches Interesse an der Regelung der Ausländerfrage hat, und daß es uns durchaus nicht gleichgültig sein kann, welche Maßnahmen in dieser Sache ergriffen werden. Nun ist aber der Legitimationszwang eine Maßnahme, die nicht nur die ausländischen, sondern auch die einheimischen Arbeiter außerordentlich schädigt. Daß sie den Zweck hat und erfüllt, den Agrariern und einem Teil der industriellen Unternehmer willen- und rechtlose Arbeiter zu schaffen, sehen wir schon. Daß dadurch aber auch die Interessen der deutschen Arbeiter geschädigt werden, liegt auf der Hand. So lange sich der Ausländer der Ausbeutung noch durch Kontraktbruch entziehen konnte, war er doch nicht ganz wehrlos. Diese „rohste Form des Freiheitsdranges der Wanderarbeiter“ konnte immerhin der Ausbeutung noch in etwas Zügel anlegen. Heute ist das anders. Der Unternehmer hat nichts mehr zu fürchten und der Ausländer nichts mehr zu hoffen. Die Legitimationskarte ist die Kette, die ihn an den Betrieb fesselt, ohne Rücksicht darauf, ob sein Recht mißachtet, seine Menschenwürde mit Füßen getreten wird. Verschlechterung der ohnehin miserablen Arbeitsbedingungen in den östlichen Provinzen — und nicht nur dort — wird die Folge des Legitimationszwanges sein. Unter dieser Verschlechterung leiden aber auch die deutschen Arbeiter, denn das Unternehmertum wird die einheimischen Arbeiter entweder noch mehr wie bisher bei der Beschäftigung ausschalten oder ihnen Arbeitsbedingungen anbieten, die denen der Ausländer nahekommen. Einige Berichte aus der ost- und westpreussischen Zellstoffindustrie, die der „Proletarier“ in den letzten Monaten brachte, sind hierfür recht beachtliche Beispiele.

Diese schwere Schädigung der deutschen Arbeiterschaft wird aber den Urhebern dieses Streikes, den preussischen Junkern, nicht einmal den erhofften Erfolg bringen. Sie treiben mit solchen Maßnahmen lediglich die einheimischen Arbeiter in die Industriestädte des Westens und vergrößern dadurch die Leutenot, statt sie zu mildern. Aber dann werden die Junker von neuem schreien und die Regierung wird auf neue Bestimmungen ausklügeln, ohne sich daran zu kehren, ob dadurch Hunderttausende von Arbeitern schwer geschädigt werden. Das ist preussisch-deutsche Politik im Zeichen der „liberalen Aera“!

Die Streiks und Ausperrungen im Jahre 1907.

II.

Die Angriffstreiks.

Im vorigen Abschnitt dieses Berichts wurde bereits auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß das Ergebnis der Kämpfe für die Arbeiter ungünstiger ist als im Jahre 1906. An diesem ungünstigeren Ergebnis haben die Angriffstreiks einen erheblichen Anteil. Von 1635 geführten Angriffstreiks endeten 830 = 51,7 Proz. mit vollem Erfolg (1906: 55,7 Proz.), 472 Kämpfe = 29,4 Proz. hatten einen teilweisen Erfolg (1906: 26,7 Proz.) und 257 Kämpfe = 16 Proz. waren erfolglos (1906: 15,9 Proz.). Am Schlusse des Jahres waren nicht beendet 30 Streiks und von 46 Streiks blieb das Resultat unbekannt. An den Angriffstreiks waren beteiligt 131 427 männliche, 11 517 weibliche, zusammen 142 944 Personen. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 51 344 = 35,9 Proz. und teilweisen Erfolg 53 006 = 37,1 Proz. Von den Streiks um Lohnerhöhung endeten 53,4 Proz. mit vollem Erfolg und hatten daran 35,3 Proz. Personen Anteil. Bei den Streiks um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung ist das prozentuale Verhältnis der mit vollem Erfolg beendeten Streiks zwar geringer — 49,4 Proz. —, dagegen der Prozentsatz der am vollen Erfolg Beteiligten höher — 38,8 Proz. — als bei den Streiks um Lohnerhöhungen. Am ungünstigsten ist das prozentuale Verhältnis bei den Streiks um Verkürzung der Arbeitszeit. Von diesen Streiks endeten nur 42,9 Proz. mit vollem Erfolg und hatten daran 13,6 Proz. der Beteiligten Anteil.

Steht das Ergebnis der Angriffstreiks von 1907 auch hinter dem des Jahres 1906 zurück, so überragt es immerhin noch das Jahr 1905, nur das Verhältnis der mit vollem Erfolg beendeten Streiks ist ungünstiger, dagegen ist der Prozentsatz der am vollen Erfolg beteiligten Personen ein höherer.

Die Gesamtausgabe für die Angriffstreiks beträgt 5 082 221 Mk. Für 138 080 an den Angriffstreiks beteiligten Personen konnte der Verlust an Arbeitszeit und der

Ausfall des Verdienstes festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit, insgesamt für männliche und weibliche Streikende, 2 277 482 Tage; der Verlust des Arbeitsverdienstes 8 447 284 Mk. Vom Jahre 1900 bis 1907 wurden insgesamt 7424 Angriffstreiks mit 234 Beteiligten geführt, darunter waren: 176 Streiks mit 14 141 Beteiligten um Verkürzung der Arbeitszeit; um Lohnerhöhung fanden statt 3627 Streiks mit 859 034 Beteiligten, und bei 2936 Streiks mit 566 511 Beteiligten wurde um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung gestritten.

Die Abwehrstreiks.

Die mehr oder weniger günstigen Resultate bei Abwehrstreiks können nicht, wie bei den Angriffstreiks, von dem Standpunkt der positiven Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beurteilt werden. Handelt es sich doch bei den Abwehrstreiks um das äußerste Mittel der Arbeiter, von den Unternehmern ihnen zugemutete Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse abzuwehren. Es können deshalb bei den Abwehrstreiks die günstigen Resultate für die Arbeiter nur im bedingten Sinne als Erfolge angesehen werden. In 834 Fällen mußte die Arbeiterschaft im Jahre 1907 zu dem Kampf als äußerstes Mittel der Abwehr greifen. An diesen Kämpfen waren 33 348 Personen beteiligt. Von diesen Kämpfen endeten 412 = 51,6 Prozent mit vollem Erfolg, woran 16 455 Personen = 49,3 Prozent beteiligt waren. Für diese Zahl Beteiligten konnten also die zugemuteten Verschlechterungen durch das Mittel der Arbeitsniederlegung vollständig zurückgewiesen werden. 106 Kämpfe = 13,3 Prozent mit 3466 = 16,4 Prozent Beteiligten endeten dagegen nur mit einem teilweisen Erfolg, trotz des äußersten Mittels der Gegenwehr war es bei diesen Kämpfen nicht gelungen, die Verschlechterungen vollständig abzuwehren. Völlig erfolglos endeten 266 Kämpfe = 33,5 Prozent. Von 15 Streiks blieb das Resultat unbekannt und 35 Streiks waren am Schlusse des Berichtsjahres noch nicht beendet.

Am häufigsten mußte gegen Lohnreduzierungen gekämpft werden, und zwar in 253 Fällen, an denen 11 329 Personen beteiligt waren. Mit vollem Erfolg endeten davon 130 Kämpfe = 53,7 Prozent und 7116 Beteiligten = 62,8 Prozent. In 220 Fällen mußte die Arbeiterschaft gegen verbotene Maßregelungen kämpfen. Von diesen Streiks endeten 99 = 45,8 Prozent mit vollem und 25 = 11,6 Prozent mit teilweisem Erfolg.

Wegen Nichtinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen entbrannten 170 Kämpfe, an denen 5095 Personen beteiligt waren. 103 Kämpfe = 66 Prozent wurden mit vollem und 19 Kämpfe = 12,2 Prozent mit teilweisem Erfolg beendet. Von den Beteiligten hatten 2367 = 46,5 Prozent vollen und 1731 = 34 Prozent teilweisen Erfolg.

In 25 Fällen war die Ursache der Streiks schlechte Verhandlung der Arbeiter. Von diesen Streiks endeten 13 = 52 Prozent mit vollem und 5 Streiks = 20 Prozent mit teilweisem Erfolg. Diese Streiks weisen die geringste Beteiligungsziffer auf. In 21 Fällen bildete der von den Unternehmern verlangte Austritt aus der Organisation die Ursache von Kämpfen. In diesen waren 726 Personen beteiligt. Von diesen Streiks endeten 7 = 33,3 Prozent, woran 298 Personen beteiligt waren, mit vollem Erfolg und 3 Streiks = 14,4 Prozent mit 167 Beteiligten = 23 Prozent mit einem teilweisen Erfolg.

Die geringste Zahl der Streiks — 14 — wurde geführt wegen Einführung der Fabrikordnung. Von diesen Streiks endeten 8 = 65,5 Prozent mit einem vollen und 3 Streiks = 23,1 Prozent mit einem teilweisen Erfolg. Aus anderen Ursachen entstanden 108 Streiks mit 4203 daran beteiligten Personen. Von diesen Streiks endeten 40 = 38,1 Prozent mit vollem und 16 Streiks = 15,2 Prozent mit teilweisem Erfolg. Von den beteiligten Personen hatten 1877 = 44,7 Prozent vollen und 777 = 18,5 Prozent teilweisen Erfolg.

Das Resultat des Jahres 1907 steht in der Anzahl der mit vollem Erfolg beendeten Kämpfe hinter den Vorjahren zurück, dagegen ist der Prozentsatz der am vollen Erfolg partizipierenden Personen höher als 1906. Das gleiche Verhältnis trifft auch zu für die Beteiligten, welche durch die Kämpfe einen teilweisen Erfolg zu verzeichnen hatten.

Die Gesamtausgabe für die Abwehrstreiks beträgt 1 134 782 Mark. Für 32 426 Beteiligte konnte der Verlust an Arbeitszeit und Verdienstaussfall festgestellt werden. Der Verlust an Arbeitszeit betrug 470 263 Tage, der Verdienstaussfall 1 907 692 Mark. Vom Jahre 1900—1907 wurden insgesamt 5090 Abwehrstreiks geführt und waren daran 196 011 Personen beteiligt. Von diesen gesamten Streiks endeten 2575 = 52,2 Prozent mit vollem und 672 = 13,6 Prozent mit teilweisem Erfolg. Von den an diesen Kämpfen beteiligten Personen hatten 92 248 = 47,1 Prozent vollen und 32 797 = 16,7 Prozent teilweisen Erfolg.

Aus dem Reichstage.

Die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle ist über eine Woche im Oktober an der Arbeit gewesen, und am 4. November eröffnete der Reichstag den Volksvertretern bei ziemlich schwacher Situation seine Pforten. Die Finanzreform vertritt den Arbeitern und Angehörigen der minder bemittelten Volksklassen gehörig die Steuerdrückpfeile anzuleihen, und in der auswärtigen Politik haben die Auslassungen des Kaisers über seine Stellung zu England und das Verhalten des Auswärtigen Amtes in dieser Frage eine so vermorrhene Lage geschaffen, daß die Volkspolitiker „erregt“ und entsetzt gewesen sind. Die Herrschaften haben vergessen, daß niemand anders als sie dazu beigetragen haben, daß der Kaiser seit seinem Regierungsantritt mehr als einmal in die Speichen der politischen Räder zu greifen beflissen war. Keugerte sich nun der politische Tätigkeit des Kaisers in prononzierten Neben gegen die Sozialdemokratie, oder wie bei der Hamburger Vertauschung gar gegen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, dann jauchzen die bürgerlichen Politiker laut vor Entzücken. Sie bekamen fast die Augenherre vor Bewunderung! Jetzt, da die reiherrliche und publizistische Tätigkeit als Ertrag vier große Staaten zugleich gegen Deutschland aufgebracht hat, wobei die Reorganisation des Auswärtigen Amtes vor aller Welt aufgezeigt worden, da riskierte die bürgerliche Presse und Politik wieder einmal Töne, wie man sie im Jahre 1892 kaum hätte hören, als manche der Herren eine Revision ihrer moralischen Grundätze für diskutabel erachteten. Die Entrüstung ist aber nicht verhebt. Sie hat weder bei untern Priestern der Volkspolitiker den ersten Willen zu einer Veränderung unseres Staatssystems auf demokratischer Grundlage gezeigt, noch wird sie zu einer besonders scharfen Kritik über den Hohenpriester der Volkspolitiker, den Fürsten Bülow führen. Auch eine Personalreform von durchgreifender Bedeutung wird sie nicht zur Folge haben. Jemand ein Beamter des Auswärtigen Amtes wandert als Sündenbock in die Wüste, im übrigen wird fort-regiert.

Wegen der angebotenen Vorgänge fand der Reichstag bei seinem Zusammentritt eine Anzahl von Petitionen vor. Die sozialdemokratische Fraktion fragt:

„Was bedeutet der Herr Reichskanzler zu tun, um Vorgänge zu verhindern, wie sie durch die Mitteilungen des „Daily Telegraph“ über Handlungen und Äußerungen des deutschen Kaisers bekannt geworden sind?“

Die nationalliberale Fraktion wünscht zu erfahren, ob der Reichskanzler die Verantwortung übernimmt. Außerdem interpellieren die Konservativen und die freikünnigen Fraktionen.

Zur Verhandlung fanden Petitionen. Das sind Bitten der Staatsbürger und -bürgerinnen zu gesetzgeberischem Vorgehen des Reiches in allen möglichen Fragen. Bei dieser Tagesordnung blieb es auch. Die Reichspartei ließ durch ihren Führer Hagfeld beantragen, nur solche Petitionen zu verhandeln, die keine Für- oder Gegenehre herbeiführen. Dann wollten die Herren vertragen, bis die Interpellationen zur Begründung und Beantwortung kommen.

Eine ganze Anzahl von Petitionen wurde lang- und langsam gelesen. Bei vielen andern, besonders solchen von sozialpolitischer Bedeutung, verhinderten Wortmeldungen sozialdemokratischer Abgeordneter die fruchtbringende Verhandlung, so daß ihre Beantwortung geistert ist. Zunächst wurde eine Petition, die Rechtsverhältnisse der Bureauangestellten bei Rechtsanwälten, besprochen und zur Berücksichtigung überwiesen. Eine Petition, die die Einführung eines Zolles auf Milch und Käse forderte, wurde an die Kommission zurückverwiesen. Hier machte ein Nationalliberaler, Herr Siebert, einen den agrarischen Herrschaften noch nicht hoch genug im Preise. Zu einer längeren Auseinandersetzung über die bekannten Praktiken der Kohlenbazone führte die Petition betreffend die Arbeitsperrre und Ueberwachungsweisen im Bergwerksbetrieb. Rechtsordnungsminister wollte das Zentrum gerade bei Behandlung dieser wichtigen Petition verlegen.

In der Debatte wurde von dem Zentrumsmann Giesberts zunächst darauf aufmerksam gemacht, wie das Grubenkapital neue Scharen von Arbeitern in das überfüllte rheinisch-westfälische Industriegebiet zu locken sucht. Auf dem Tisch des Hauses lag ein diesem Zweck dienendes Plakat, das mit folgenden Worten anhebt:

Wohnen!
Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, rings umgeben von Wäldern, Feldern und Wäldern, den Vorbedingungen guter Luft, liegt ganz wie ein maurisches Dorf die Kolonie der Feste „Siboria“ bei Raugel.

Das klingt wie eine Melodie für einen Wüstling. Und nun wird geschilbert, daß das Leben dort ganz unvergleichlich schön und süß ist. Niedrige Mieten, die durch Abermieten und Beförderung Unverhältnissen noch verringert werden kann. Jeder Arbeiter erhält ein Ende Land zum Bau von Kartoffeln und „Kumst“ (Kraut). Jeder Lohn! Für Ziegelarbeiter 4 Mark pro Tag! Am Schluß werden die „ordentlichen“ Mafuren“ aufgeführt, sich beim Gastwirt, in dessen Lokal das Plakat hängt, zur Kenntnisnahme des näheren zu weihen.

Der Genosse Hengebach schilderte nun die idyllischen maurischen Dörfer Rheinlands und Westfalens in ihrer Wirklichkeit, unerklärt durch kapitalistische Poese. Da steht es nun so aus: Arbeitslosigkeit, geringe Löhne, Lohnkürzungen. Dann gibt es noch circa Ausbeutung der Arbeiter auf ein ganzes halbes Jahr, wenn sie nicht mit einem ordnungsmäßigen Arbeitslohn versehen sind. Die Rechnung erfolgt auf Verabredung der Herren- und Betriebsleiter! Das die Steuerträger auf den Rücken der betroffenen Arbeiter aber auch die bebungenen sechs Monate lang in voller Macht verdrängen werden, dafür sorgen die schwarzen Diktator! Es sind Hände in Großformat bis zu 13 Seiten lang, eng bedruckt, welche die Namen der „Verbrecher“ enthalten. Das Vorgehen ist nun nicht etwa durch einen Streit getriggert, also aus der Streitigkeit zu erklären, — dann wäre es ja gerechtfertigt. Nein! Die terroristische Kriminalität ist erstanden in Form des Massenwiderstandes zwischen Kapital und Arbeit. Wer auf einem Betriebe auftritt, kann auf die Achtung rechnen. Wer ein Wort der Kritik an den Betriebsführern äußert, ist der Ausbeutung verfallen. Wenn der so von den Kapitalgebern gewählten, verschämten Lohnhaken sind bis zu 5299 Namen angeführt. Und bei 100 Mark Konventionallöhne verpflücken sich die Grubenmagaten und mit deren Einwilligung ihre Vertreter, daß diese die Arbeiter beschützenden, ihrer Reichentwürde beraubenden Beschlüsse auch gehalten werden. Nachdem die Arbeiter- und Unruhmehrdemokratie richtig gewendet, wurde die Debatte beendet.

Am 5. November wurde der Gesetzentwurf über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen verhandelt. Der Entwurf läßt den Kraftfahrzeugführer für den durch sein Fahrzeug angerichteten Schaden nur dann haftbar, wenn der Schaden durch das Verschulden des Fahrzeugführers oder der zur Führung bestimmten oder ermächtigten Person, auch schuldhaftige Beschaffenheit des Fahrzeuges oder Verlegen seiner Einrichtungen verursacht worden ist. Gegen die Vorlage von 1906 ist das eine Verschärfung; Schadenersatzpflicht war darin nur ausgesprochen, wenn der Schaden durch höhere Gewalt oder durch Verschulden des Beschädigten eingetreten. Ob die wackrigen Männer, welche der Automobilisten unter dem Vorwand, daß die „Angehörigen“ antäus, die Verschärfung veranlassen? Wir haben die Auffassung, daß die Automobilisten, in deren Betriebsabteilungen sich viele unruhige Kräfte, sowohl die Verlegen in Frage kommt, und bei Erzeugung des Verkehrs tätig sind, sehr wohl gehalten kann, ohne daß der Weg der Einweisung durch Krämpfe und Verlegen stärker werden mag. Der Entwurf wurde an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Karlsruhe wachte die Revolle zum Verkehrsverfassungsgesetz, das Verkehrsverlegen und die Schadenersatzpflicht für Rechtsanwälte, die eine Lösung. Bei diesen Gesetzentwurf ist auch wieder großes Spielchen von zwei Parteien, welche den richtigen und billigen Ausgleich der Kraftfahrzeugen finden wollen. Aber eine solche Reform wäre nur dann zu erlangen, wenn der Entwurf sich der Forderung des sozialdemokratischen Programms näherte: Unerschütterlichkeit der Rechtspflege aus des Rechts-

beistandes, Rechtsprechung durch vom Volke gewählte Richter; davon ist er weit entfernt. Der Genosse Frank forderte, den Arbeiterkredit zur Führung von Prozessen Ermächtigung zu geben. Leider ist nicht zu erwarten, daß die Kommission von 28 Mitgliedern, welcher der Entwurf überwiesen worden, durch Annahme dieser Forderung ihn vollstänlicher gestalten wird. Am kommenden wurde das Weingeleg beraten.

Außer der im Eingange genannten Interpellation hat die sozialdemokratische Fraktion noch folgende eingbracht:

„Die Unterzeichneten richten an den Herrn Reichskanzler die Anfrage:
Welche Maßregeln gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krise, die sich in Betriebs-einsparungen, Lohnkürzungen und vornehmlich in Arbeits-einsparungen bemerkbar machen, zu begegnen und dem durch die hohen Lebensmittelpreise hervorgerufenen Notstand weiter Volksschichten entgegenzuwirken?“

Vorfällige Herbeiführung der Erwerbsunfähigkeit.

G. Nicht allein das Krankenversicherungsgesetz, sondern auch das Unfall- und Invalidenversicherungsgesetz sieht für die vorfällige Herbeiführung der Erwerbsunfähigkeit entsprechende gesetzliche Bestimmungen vor, nach denen eventuell das Krankengeld, wie die Renten verweigert werden können. Auf diese Bestimmungen soll nun im Nachstehenden des näheren eingegangen werden, und gehen wir deshalb zunächst über zum

Krankenversicherungsgesetz.

Nach dem § 26a des Krankenversicherungsgesetzes kann durch das Kassenstatut bestimmt werden, „Mitglieder, welche sich eine Krankheit vorfälliger oder durch Trunkfälligkeit oder durch schuldhaftige Beteiligung an Schlägereien zugezogen haben, für diese Krankheit das statutenmäßige Krankengeld gar nicht oder nur teilweise zu gewähren ist. Weiter kann bestimmt werden, daß Versicherten, welche die Kasse durch eine mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohte strafbare Handlung geschädigt haben, für die Dauer von zwölf Monaten seit Begehung der Straftat das Krankengeld ebenfalls ganz oder teilweise entzogen werden kann. Was ist nun „Vorfälligkeit“? Krankheiten, die sich die Versicherten bei sportlichen Ringkämpfen zugezogen, fallen nicht hierunter, ebentowenig darf das Krankengeld bei Tumberletzungen verweigert werden. Erkrankung infolge Selbstmordversuchs kann ebenfalls nicht als eine vorfälliger zugezogene Krankheit angesehen werden. „Vorfälligkeit“ bedeutet also die Pflicht auf Herbeiführung der Krankheit. Infolge einer Wette lief ein Kassenmitglied eines Nachts einmal mit ausgepreizten Armen auf dem Rande eines Vorgartenmauerwerks entlang, rutschte jedoch dabei ab und verletzte sich den rechten Arm. Da das Mitglied weder bei, noch angetrunken war, die Absicht nicht darauf gerichtet war, herunterzufallen, so wurde die in Betracht kommende Kasse zur Zahlung des Krankengeldes verurteilt. Beim „Vortrag“ muß also der Wille des Kassenmitgliedes direkt auf Herbeiführung der Krankheit gerichtet sein. — Was versteht man unter Trunkfälligkeit? Unter Trunkfälligkeit versteht man gewohnheitsmäßiges und übermäßiges Trinken. Für Krankheiten, welche lediglich die Folge eines vereinzelt Falles von Trunkenheit sind, darf jedoch das Krankengeld nicht verweigert werden. Im Anschluß hieran soll eine Entscheidung des Gewerbegerichts Weimar vom 26. Juni 1902 angeführt werden. Hier war ein Arbeiter, der an zwei Tagen betrunken gewesen, wegen „lieberlichen Lebenswandels“ vorfälliger, also ohne Kündigung, entlassen worden. Das Gewerbegericht sprach dem Arbeiter den Lohn für die Kündigungszeit mit folgender Begründung zu: „So sehr das Gericht auch das unmäßige Trinken mißbilligt, und wenn es auch darin den leider so häufigen Grund für Gefährdung der Gesundheit, Sittlichkeit und des Wohlfandes erblickt, so kann es doch in dem Betrunkenen an einem oder zwei Tagen den Zustand des „lieberlichen Lebenswandels“ nicht anerkennen. Dazu gehört eine längere Zeit forgesetzte, die Pflichten als Mensch, unter Umständen als Bürger, Ehemann, Vater usw. verletzende Handlungsweise. Eine solche ist aber nicht nachgewiesen.“ Somit soll der Begriff „Trunkfälligkeit“ nicht zu eng aufgefaßt werden. Dies ist nur zu begrüßen, zumal die Trunkfälligkeit häufig auch auf krankhafter, sowie ererbter Veranlagung beruht. — Was fällt nun unter Kaufhandel, schuldhaftige Beteiligung an Schlägereien usw.? Nach einer Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts liegt eine Beteiligung an einer Schlägerei oder einem Kaufhandel nicht vor, wenn eine Person von einer andern geschlagen oder geraucht wird, ohne selbst aktiv zu dem Raufen oder Schlagen mitzuwirken, vielmehr kann sie als beteiligt nur gelten, wenn sie auch ihrerseits eine dahingehende aktive Tätigkeit ausübt, insbesondere mitschlägt oder mitrauft. Bloßes Schimpfen, welches dem Verletzten von der andern Seite eine Körperverletzung einträgt, kann nicht als schuldhaftige Beteiligung an einer Schlägerei angesehen werden. — Welche strafbaren Handlungen führen zur eventuellen Entziehung oder Kürzung des Krankengeldes? Hier kommen Verbrechen und Vergehen, sowie die strafmässigen Handlungen wider das Eigentum, Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, ebenso Meineid, Urkundenfälschung usw. in Betracht. Ein Betrug zum Schaden der Krankenkasse kann z. B. auch bei Simulation einer Krankheit angenommen werden. Gehen wir nun weiter über zu

Unfallversicherungsgesetz.

Nach dem § 8 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes steht dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen ein Anspruch auf Rente usw. nicht zu, wenn er den Unfall vorfälliger herbeiführt hat. Der Anspruch kann ganz oder teilweise abgelehnt werden, wenn der Verletzte den Unfall bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder vorfälliger Vergehens sich zugezogen hat. In Fällen der letzteren Art kann die Rente, sofern der Verletzte im Zustande Angehöriger hat, welche im Falle seines Todes Anspruch auf Rente haben würden, ganz oder teilweise den Angehörigen überwiesen werden. Die Ablehnung kann, auch ohne daß die vorgelegene Feststellung durch strafgerichtliches Urteil stattgefunden hat, erfolgen, falls diese Feststellung wegen des Todes oder der Abminderung des Verdienstes oder aus einem andern in seiner Person liegenden Grunde nicht erfolgen kann. Was gilt nun hier als vorfälliger Herbeiführen des Unfalls? Nach dem Handbuch für Unfallversicherung beruht der auf Herbeiführung einer förperlichen Verletzung gerichtete Vorfall des Verletzten des Entschädigungs-Anspruchs. Diebstahl, selbst hohen Grades, schließt den Anspruch nicht aus. Verbotswidriges Verhalten beraubt den Verletzten auch nicht immer des Anspruches auf Entschädigung. Anders dagegen, wenn die Verbote nach Inhalt und Art ihrer Durchführung derart eine Abgrenzung des Betriebes bilden, daß ihre, namentlich wissenschaftliche, Uebertretung zugleich ein Hinschreiten aus dem Bereiche des Betriebes selbst und seiner Gefahren bedeutet. Hierzu zwei Beispiele: Ein Betriebsunfall wurde angenommen bei einem Stredenarbeiter, der sich innerhalb seiner Arbeitsstätte während einer Arbeitspause an einer gefährlichen Stelle zwischen zwei Gleisen niedergelegt hatte, dabei vom Schläge übermannt und von einem vorbeifahrenden Zuge überfahren wurde. Dagegen wurde das Vorliegen eines Betriebesunfalls verneint bei einem Felderling, der anlässlich einer Spielerei den ausschließlich zur Beförderung von Waren bestimmten Fahrstuhl benutzte und sich dabei eine Verletzung zuzog. Vorfälliger Herbeiführung ist ferner nicht anzunehmen, wenn der Selbstmord infolge geistiger Erbitterung, im Zustande der Unzurechnungsfähigkeit begangen ist. Bezüglich der vorfälliger Herbeiführung des Unfalls wird in der Begründung zur Novelle noch folgendes ausgesprochen: „Es kommen neben der vorfälliger Herbeiführung des Unfalls noch andere Fälle vor, in denen die Gewährung einer Entschädigung um desswillen nicht gerechtfertigt ist und dem natürlichen Rechtssinne widerspricht, weil das eigne strafbare Verhalten des Verletzten den Unfall herbeiführt hat, z. B. wenn ein Arbeiter einen Diebstahl an den Vorräten des Betriebes oder eine vorfälliger Sachbeschädigung an Betriebsrichtungen, oder eine vorfälliger Körper-

verletzung gegen einen Mitarbeiter begeht und aus solcher Veranlassung einen Unfall erleidet. In den meisten Fällen dieser Art wird die von der Rechtsprechung schon bisher angewandte Rechtsauslegung, daß der betreffende Arbeiter sich „außerhalb des Betriebes“ bewegt habe und deshalb kein Unfall beim Betriebe vorliegt, dazu führen, die Entschädigung zu verweigern. In Fällen dagegen, wo eine mildere Beurteilung am Platze ist, braucht nicht jedesmal eine vollständige Ablehnung ausgesprochen zu werden, sondern es kann hier nach Billigkeit eine teilweise Entschädigung zugesprochen werden.“ Zum Schluß kommt nun noch das

Invalidenversicherungsgesetz

in Betracht. Hiernach bestimmt der § 17, daß dem Versicherten ein Anspruch auf Invalidenrente nicht zusteht, wenn er die Erwerbsunfähigkeit vorfälliger herbeiführt hat. Die Gewährung der Rente kann ganz oder teilweise verweigert werden, wenn der Versicherte die Erwerbsunfähigkeit bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens oder vorfälliger Vergehens sich zugezogen hat. In Fällen der letzteren Art kann die Rente, sofern der Versicherte eine im Zustande wohnende Familie besitzt, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, ganz oder teilweise der Familie überwiesen werden. — Bezüglich des „Vorliegens“ usw. gilt daselbe, was vorstehend für die Unfallversicherung angeführt worden ist.

Nach dem § 24 Abs. 2 des Invalidenversicherungsgesetzes ist solchen Personen, welchen wegen gewohnheitsmäßiger Trunkfucht geistige Getränke in öffentlichen Schankstätten nicht verabfolgt werden dürfen, die Rente in Naturalleistungen zu gewähren. (Dieselbe Bestimmung scheidet das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft vor. Für die den gewerblichen Berufsangehörigen unterstehenden Personen gelang es bei Beratung des Gesetzes, diese Bestimmung abzuwehren.) Als letzter Nachteil ist nun noch zu erwähnen, daß nach § 30 Abs. 4 die Dauer einer Krankheit als Beitragszeit nicht in Anrechnung zu bringen ist, wenn der Versicherte sich die Krankheit vorfälliger oder bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens, durch schuldhaftige Beteiligung an Schlägereien oder Kaufhandeln oder durch Trunkfälle zugezogen hat. — Ist die Krankheit durch geschlechtliche Ausschweifungen herbeiführt, so findet die Anrechnung statt, zumal die Worte „geschlechtliche Ausschweifungen“ auch beim Krankenversicherungsgesetze gebräuchlich worden sind.

Gummi- und Cinoleumindustrie.

Der auswärtige Handel mit Kautschukwaren

hat im laufenden Jahre zwar etwas weniger gekostet, als der Verkehr in andern Waren, aber doch überwiegen in der Ein- wie in der Ausfuhr die Abnahmen. In der Einfuhr von Waren aus welchem Kautschuk sind es vor allem Gummischuhe, Reifen und Schutzdecken für Fahrzeugräder, Kautschukplatten mit Gespinnstwaren, Kragentücher, die Zunahmen gegenüber dem Vorjahre aufweisen. Die Einfuhr von Gummischuhen betrug in den ersten acht Monaten 6 127 Doppelzentner gegen 1 274 im Vorjahre. Aus dem europäischen Rußland bezogen wir 2 698 Doppelzentner gegen 1 5, aus den Vereinigten Staaten von Amerika 1 669 gegen 95. Die Ausfuhr zeigt nirgendes ähnlich starke Steigerungen. Die wichtigsten Waren sind von Januar bis August in folgenden Doppelzentner-Mengen ausgeführt worden

	1907	1908
Schläuche	8 401	8 150
Treibriemen	5 140	4 825
Gummischuhe	2 596	1 920
Kautschukplatten mit Gespinnstwaren	9 783	12 292
Kolben, Dichtungsmuttern	7 860	7 794
Gespinnstwaren mit Kautschukfäden	4 078	4 158

Die Ausfuhr von Fahrradteilen aus Kautschuk hat gleichfalls abgenommen, wenn auch im einzelnen hierfür leider keine Nachweisungen vorliegen. Aber unter Berücksichtigung der Zunahmen ist der Gesamtumsatz der Ausfuhr nicht besonders erheblich. Kautschukwaren schneiden bei der Ausfuhr noch etwas besser ab, während die Einfuhr zurückgegangen ist. Die Ausfuhr stellte sich auf 7 177 Doppelzentner in diesem Jahre gegen 7 115 im Vorjahre. Fast nach allen Bestimmungsländern konnte in diesem Jahre die Ausfuhr gesteigert werden, ganz besonders nach Rußland, aber auch selbst nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Rückgängig war, allerdings nur in geringem Grade, die Ausfuhr nach Großbritannien.

Rohmaterial für die Kautschukfabrikation.

Im Laufe der letzten Jahre ist in den Kreisen der Kautschukfabrikation immer intensiver darauf hingearbeitet worden, die Produktion an Kautschukrohmaterial unabhängig zu machen. Dies geschieht dadurch, daß sich große Fabriken eigene Plantagen und Faktoreien in den kautschukproduzierenden Ländern (Afrika, Südamerika) einrichten, um an Ort und Stelle das Rohmaterial zu erhalten. Neuerdings wendet die Industrie, wie die „Gummi-Zeitung“ mitteilt, ihr Interesse auch denjenigen, früher als minderwertig angesehenen Produkten zu, die durch geeignete Behandlung in großem Maßstabe ein wesentlich besseres Rohmaterial ergeben. Das bekannteste Produkt dieser Art ist der Guayule-Kautschuk, der in der Form, wie er zuerst vom Urwälderlande aus auf den Markt kam, fast wertlos schien, jetzt aber — große Fabriken ihn im Urwälderlande Mexiko in sorgfältiger Weise gewinnen und durch entsprechende Behandlung von allen Verunreinigungen befreien, eine gewichtige Rolle spielt. Begründet wurde diese Guayule-Industrie von den Vereinigten Gummifabrikanten Harburg-Wien. Dasselbe Fabrik hat ein ähnliches großes Unternehmen in Harburg ins Leben gerufen, das sich speziell mit der Extraktion von Kautschuk aus minderwertigen Rohmaterialien befaßt wird.

Für den Laien dürfte es überhaupt überraschend sein, zu erfahren, daß die Produkte, die als Gummi bzw. Gummivarieren in den Handel kommen, oft kaum zu 10 Prozent aus wirklichem Gummi bestehen. Der „Reiß“ besteht aus allen möglichen Dingen, wie Kreide, Kalk, Schwefel, Zinkweiß, Glas, Öl usw. Das Geheimnis der Gummivarierenfabrikation besteht eben darin, mit einem Minimum von wirklichem Gummi ein haltbares Produkt herzustellen. Je besser das gelingt, um so größer die Rentabilität des Betriebes.

Die Großen treffen die Kleinen.

In einem Bericht über die Lage des Rohgummimarktes und der deutschen Gummivarierenindustrie schreibt die „Frankf. Ztg.“: „Die Flaue aus dem Rohgummimarkte, die im Juni 1907 einsetzte, erreichte unter Schwankungen ihren Tiefstand im Februar d. J., wo als billigster Preis vorübergehend für Fein-Para-Gummi 2 s 9 d für das Pfund engl. notiert wurde. Von da ab trat wieder eine ausgeprägte steigende Bewegung ein; die Preise gingen stetig in die Höhe, so daß Mitte Oktober der Preis für Fein-Para-Gummi wieder mit 4 s 5 d (gegen 4 s 2 d im Oktober 1907) notiert wird. Von diesem vorübergegangenen Falle der Preise werden indes nicht viele deutsche Gummivarierenfabriken Vorteil gehabt haben, infolgedessen der scharfe Rückgang, der hauptsächlich durch das Zurückfallen amerikanischer Käufer verursacht war, ganz unerwartet kam und die größten deutschen Fabriken ihren Bedarf zu höheren Preisen schon auf längere Zeit im voraus gedeckt hatten. Einige kleinere Fabriken, deren Umsatz durch die unangünstige Konjunktur in andern Industrien litt, suchten diesen Verhältnissen dadurch zu begegnen, daß sie unter alarmierendem Hinweis auf die Abwärtsbewegung aus dem Rohgummimarkte ihre Preise herabsetzten und dadurch eine nicht geringe Beunruhigung der Käufer verursachten. Die Verwirrung erreichte ihren Höhepunkt, als auch eine größere Fabrik dazu überging, einerseits wegen Rückgangs der Rohgummipreise ihre Verkaufspreise für andere Artikel, die aus demselben Rohmaterial hergestellt werden, wegen der teurer gewordenen Rohgummipreise die Preise zu erhöhen.“

Verständlich wird das Gebaren der „größeren Fabrik“, wenn wir diese Mitteilung dahin ergänzen, daß die Artikel, für welche die Preise herabgesetzt wurden, Spezialartikel der Firma waren,

gegen die kleineren Fabriken nicht konkurrieren können, die im Preise herab gelassen werden. Aber waren solche, die dem allgemeinen Wettbewerb unterliegen. Zudem muß die größere Fabrik auf der einen Seite ihren Profit herauszuschreiben, konnte sie die unter Konkurrenz stehenden Artikel mit minimalem, ja selbst ohne Nutzen verkaufen, ohne ihren Gesamtprofit zu verringern. Der Zweck des Wanders ist, die kleineren Betriebe niederzukonkurrieren. Ja, ja, die liebe Konkurrenz!

*** Die Dividendenfabrik Maximiliansau.**

die im Vorjahr ihren Aktionären noch eine Dividende von 7 Proz. abwarf, hat im verfloffenen Jahre mit 174 881 Mk. Verlust abgeschlossen. Der Geschäftsbericht begründet das ungünstige Resultat mit den wesentlich gestiegenen Rohmaterialpreisen und den niedrigen Verkaufspreisen, letztere eine Folge des allseitigen Preisrückganges im Baugewerbe, das Ergebnis sei außerdem durch eine Betriebsstörung infolge eines Maschinendefekts beeinträchtigt worden.

*** Wiedernum ohne Dividende**

bleiben die Aktionäre der Gummiwarenfabrik Harburg-Bien. Schon bei Besprechung des vorjährigen Geschäftsergebnisses haben wir darauf hingewiesen, daß die dividendenlose Zeit eine Folge des Streiks vom Jahre 1901 ist. Vorher verteilte dieser Betrieb stets sehr hohe Dividenden (20—24 Prozent), jetzt haben die Aktionäre das Nahegelegen. Die Folgen des damaligen Streiks wären selbstverständlich schon lange überwunden, wenn die Betriebsleitung nicht heute noch den Betrieb von organisierten Arbeitern freizuhalten suchte. Die Folge dieser Kurzsichtigkeit ist, daß zahlreiche tüchtige Arbeiter dem Betrieb den Rücken kehren, bzw. nicht erst dort anfangen. Begehrterweise führt denn auch der Geschäftsbericht das schlechte Ergebnis zum Teil auf erhebliche Beschäftigungslücken, durch welche beträchtliche Verluste entstanden, zurück. Sobald sich die Verhältnisse günstiger gestalten haben, sollen den Aktionären Vorschläge zur Vergrößerung der Betriebsmittel gemacht werden, das heißt, es sollen neue Gelder eingeschossen werden. Ueber die Aussichten für das laufende Jahr heißt es im Bericht, daß die großen Schwierigkeiten, die bei der Fabrikation mit den neuen Einrichtungen im Harburger Werke sich herausgestellt hatten, behoben seien und daß diese Fabriken zurzeit tadellos funktionieren. Der Ober-Eingang sei in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres nicht so lebhaft gewesen wie in der gleichen Vorjahrszeit, doch mache sich wenigstens im Exportgeschäft in der letzten Zeit eine Besserung bemerkbar.

Hoffentlich macht sich auch in dem Verhalten der Betriebsleitung gegenüber organisierten Arbeitern recht bald eine Besserung bemerkbar.

Zur Bilanz ist aus dem Bericht zu ersehen, daß der Reingewinn 219 255 Mk. beträgt und vom Vorjahr ist ein Vortrag von 320 873 Mk. vorhanden, zusammen also 440 128 Mk. Die sozialpolitischen und freiwilligen Leistungen betragen 157 002,34 Mk., davon erhielt die Pensionen-, Witwen- und Waisenkasse der Beamten und Meister 59 181,32 Mk. Diese Klasse hat jetzt 1 151 833,29 Mk. Vermögen. Wenn man erweist, daß für die im Verhältnis zu der Arbeiterzahl wenigen Beamten und Meister, also die ergebene Verleugung der Fabrikleitung, allein weit mehr als ein Drittel des Gesamtbetrages dieser Position ausgegeben wurde, wird man den Wert dieser „Sozialfürsorge“ für die Arbeiter recht erkennen. Es besteht auch noch ein Unterstützungsfonds von 400 000 Mk., aus dem 76 Personen fortlaufend und 5 Personen einmal Unterstützung bezogen. Wie weit hier wieder Beamte oder deren Angehörige in Frage kommen, wird nicht mitgeteilt. Außer diesen Zuwendungen sind aber auch noch 50 000 Mk. als Gratifikationen an Beamte und Meister gegeben worden. In die Arbeiter natürlich nichts, in richtiger Anwendung des edlen Ausbeutergesetzes: „Ein guter Untertan ist mehr wert, als 5 tüchtige Arbeiter.“

Aus der Papierindustrie.

+ Der Truftenruß.

Die Truftenrußfabriken sind bekanntlich in zwei Lager gespalten. Wiederholte Annäherungsversuche verliefen resultatlos. Die Truftenrußgruppe („Tru“) gewinnt aber, wie es scheint, mehr und mehr Terrain. Von 3 Betrieben, die anfänglich den „Truften“ bildeten, ist sie jetzt auf 12 Fabriken, darunter die bedeutendsten, angewachsen. Die Betriebe werden von der „Tru“ übernommen und mit Aktien des Truften bezahlt. Nachstehend bringen wir eine Uebersicht der Truftenbetriebe und ihrer Uebernahmewerte:

	Vorzugsaktien Mk.	Stammaktien Mk.	Gesamtwert Mk.
Gania, Iben u. Ko., Altona	1 693 000	3 494 000	672
Hinderer, Thomas u. Ko., Krefeld	469 000	1 004 000	—
Heider u. Ko., Krefeld	303 000	648 000	86
Langhammer Nachf., Leipzig	173 000	291 000	303
A. Schütz, Würzen	255 000	547 000	—
Flammersheim u. Steinmann, Köln	561 000	1 202 000	—
Engelhardt u. Schlen, Wevel a. Rh.	482 000	1 125 000	—
Sebr. Risch u. Ko., Hannover	406 000	870 000	86
Wation u. Ko., Hannover	80 000	170 000	—
Erismann u. Ko., Weisach	231 000	495 000	—
Sammenthal	437 000	938 000	12
E. Iben u. Ko., Hamburg	3 000	—	—

Der Truften hat mit seinem ersten Geschäftsjahr finanziell gut abgeschnitten. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, aus dem 1 508 549,98 Mk. betragenden Bruttogewinn für das acht Monate umfassende erste Geschäftsjahr nach Abschreibung von 942 737,32 Mk. eine Dividende von 6 Prozent p. a. auf die Vorzugsaktien zu verteilen und den Rest zum Vortrag zu verwenden. Das günstige Ergebnis wird voraussichtlich weitere Anschlüsse zur Folge haben.

+ Es ist erreicht!

Unsere Kollegen und Kolleginnen in Papierfabriken können Jubelstimmungen antworten, denn großes Heil ist ihnen widerfahren. Mit einem Schlage ist ihnen das irdische Jammerthal in einen Quell ewiger Freude verwandelt. Aller Sorge, Mühe und Not sind sie überhoben, der Mangel wird nie mehr Platz an ihren Tischen finden, und selbst der graue Tod hat seinen Schreden für sie verloren. Dem Verein der Papierfabrikanten aber gebührt der Dank für all das Glück, das den Papierproleten in den Schöpf gefallen ist.

Tod wir wollen unsre Leser nicht auf die Folter spannen. Der Verein der Papierfabrikanten hat die Arbeitszeit nicht verkürzt und die Löhne — nicht erhöht —, jedoch kommunistisch-sozialistisch-anarchistisch-revolutionäre Maßnahmen würden den Arbeitern nur Langeweile bringen und ihre ohnehin schon große Verdingungssucht noch mehr steigern; er hat besseres getan, er hat beschlossene, daß in Zukunft die Namen der Arbeiter und Arbeiterinnen, die vom Verein für ihre 10- und 25-jährige Dienstzeit in einem Betriebe einen Orden oder ein Diplom erhalten haben — im Unternehmerorgan öffentlich bekannt gemacht werden. Bravo, Papierer!

+ Aussperrung in norwegischen Zellulosefabriken.

In den Zellulosefabriken in Kalfos, Hurum und Toten (Norwegen) wurden 400 Arbeiter ausgesperrt, weil sie die Annahme eines von den Fabrikbesitzern vorgelegenen Tarifvertrags ablehnten. Die Arbeiter hatten eine Erhöhung der bisherigen Tariffälle gefordert, die ihnen aber verweigert wurde.

+ Die Krise in der Papierindustrie.

Wie der „Berl. Lokalanz.“ berichtet, hat die Aktiengesellschaft für Pappfabrikation in Charlottenburg den Betrieb in ihrer Potsdamer Filiale ganz eingestellt, nachdem schon im Frühjahr infolge mangelnder Aufträge die Nachschicht aufgehoben wurde. Grund ist die schlechte Lage des Baugewerbes.

In Schweden hat Hårmsfors Sulfidfabrik 75 Arbeiter wegen Mangels an Aufträgen entlassen. — In Desterreich hat die Zellulose- und Papierfabrik in Hallein bei Salzburg den Betrieb eingestellt.

In der Zelluloseabteilung wird jetzt Sonnabend mittag geschlossen, statt wie früher Sonntag morgen, und in der Papierabteilung ruht die Arbeit von Sonnabend morgen bis Montag morgen. In anderen österreichischen Papierfabriken sind ebenfalls Einschränkungen vorgenommen.

+ Vom Schlachtfeld der Arbeit.

In der Zellulosefabrik von Hoeh & Co. in Pirna, Betrieb Pirna II, sind am 28. Oktober d. J. 4 Arbeiter schwer verunglückt, von denen 2 an den Verletzungen gestorben sind.

Der Unglücksfall entstand dadurch, daß der Deckel von einem Kocher, der noch 2 Atmosphären Druck hatte, auf noch unaufgeklärte Weise, wahrscheinlich infolge des Druckes weggehoben wurde und die stehende heiße Dauge, die aus Schwefel und Kalkstein bereitet wird, sich über die 4 Arbeiter, die in der Nähe des Kochers standen, ergoß. Einer der Verunglückten namens Männel wurde am meisten davon betroffen und größtenteils zugerichtet, jedoch er noch in derselben Nacht starb.

Ob die Schrauben, mit denen der Deckel verschraubt war, in einem defekten Zustande, oder ob sie in ungenügender Zahl vorhanden waren, konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Zwei der Verunglückten sind Mitglieder unseres Verbandes.

+ Hensburg.

In der Hensburger Papierfabrik besteht, wie in fast allen Papierfabriken, ein Prämienystem, das selbste aber derartig angelegt, daß es vollständig in der Hand des Aufsichtspersonals liegt, wer von den Arbeitern Prämie erhalten kann. Die Arbeiter rechnen oft den ganzen Monat, so und soviel wird die Prämie betragen, und wenn die Auszahlung kommt, dann stimmt es hinten und vorn nicht. Ein Arbeiter hatte seiner Rechnung nach im Monat Oktober 5,70 Mk. Prämie verdient, bei der Auszahlung erhielt er jedoch 1,50 Mk. ausbezahlt. Alles Protestieren half ihm nichts, es ward ihm sogar noch die Entlassung in Aussicht gestellt. Dabei sind die Arbeiter auf die paar Pfennige angewiesen, denn der Lohn beträgt nur 28—32 Pf. pro Stunde. Auch wurde bei der Einführung der Prämien vom dem früheren Inhaber der Fabrik darauf hingewiesen, daß die Prämie eine Lohnaufbesserung darstellen sollte. Die Arbeiter haben dies geglaubt, allerdings zu ihrem Schaden.

Außer dem Prämienystem ist aber auch die Alfordarbeit eingeführt, so bei den Padern. Unter Ausnutzung aller Kräfte, durch Schuften und Wühlen ist es den Arbeitern gelungen, einige Pfennige über den Stundenlohn zu verdienen, da kommt die Betriebsleitung und macht Witzge, die bis 6 Mk. die Woche betragen. Die Arbeiter haben zuviel verdient. So eine Begründung! Haben die Arbeiter nicht dafür ihre Arbeit geleistet und den Besitzern Werte geschaffen? — Auch die Behandlung läßt viel zu wünschen übrig. So verlangte ein Arbeiter, die Verhandlung möge von den Besitzern verlangen, daß der Direktor die Arbeiter als Menschen behandelt.

Zu all den Uebelständen kommt noch die 14 tägige Lohnzahlung. Abschlag wird nicht gern gewährt. In letzter Zeit wurden bei der Nachschicht nur 11 Schichten gearbeitet; die Nachschicht an den Lohnzahlungssonntagen fiel aus. Statt nun den Nachschicht machenden Arbeitern den Lohn Freitag abend oder Sonnabend früh zu zahlen, müssen die Nachschichtler Sonnabend abend den für viele recht weiten Weg nach der Fabrik zurücklegen, nur um ihren Lohn in Empfang zu nehmen. — Selbstverständlich sind an der Tagesordnung! Für schlechtes Aufrollen wurden Strafen bis zu 2 Mk. vorgenommen. — Diese Zustände zu verbessern, bedarf es einer starken Organisation. Leider steht ein großer Teil der Beschäftigten der Organisation fern. Aber auch diese müssen einmal zur Einsicht gebracht werden. Es liegt deshalb im Interesse eines jeden organisierten Kollegen, seinen Nebenarbeiter zur Organisation heranzuziehen.

Aus der Zuckerindustrie.

§ Ausländische Arbeiter in Zuckerrabriten.

Bekanntlich ist in Preußen die Beschäftigung ausländischer Polen in der Zeit vom 20. Dezember bis 1. Februar verboten. (Siehe hierzu den Artikel über den Legitimationszwang für ausländische Arbeiter.) Die Zuckerrabritanten versuchen nun allfällige Ausnahmen dieser Bestimmung für Zuckerrabriten zu erreichen. So ist auch dieses Jahr wieder das Direktorium des Vereins deutscher Zuckerindustrie beim Minister des Innern vorstellig geworden, um Aufhebung dieser Bestimmung oder Verlängerung der Beschäftigungsfrist bis zum 5. Januar zu erlangen. Ihr Verlangen ist nicht vergeblich gewesen. Zwar hat der Minister erklärt, daß er „aus nationalen Gründen“ an der bisherigen Karenzzeit festhalten müsse, daß aber für einzelne Notstandsfälle Ausnahmen gemacht werden könnten. Bei den guten Verbindungen der Zuckerindustrie mit den zuständigen Amtsstellen wird es den Herren natürlich nicht schwer fallen, den „Notstand“ nachzuweisen und die Berechtigung zur längeren Beschäftigung der Ausländer zu erhalten. Die deutschen Arbeiter aber, die infolge der Krise zu Hunderttausenden arbeitslos herumlaufen, mögen sehen, wo sie unterkommen. Das ist die „nationalistische“ der deutschen Zuckerpatrioten.

§ Theorie und Praxis.

Vor kurzer Zeit beschäftigten sich die Berliner Stadtverordneten mit der Frage, welche Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit in Anwendung zu bringen seien. Bei dieser Gelegenheit nahm der Kommerzienrat Schmalbein, Mitglied der Zuckerrabritenvereins vom Rath u. Vredt und Vorstandsmittglied der Stadtkölnischen Arbeitslosenvereins, das Wort. Er äußerte sich u. a. folgendermaßen: „Wenn alleitig mitgearbeitet wird, so wollen wir hoffen, daß wir auch die Not dieses Winters überwinden und es nicht so kommen wird, wie Schwarzseher es malen.“ Herr Schmalbein war der Meinung, daß bei „gemeinsamer“ Arbeit die Arbeitslosigkeit mit ihren Folgen sich abwachen lassen, eine zweifellos richtige Auffassung. Man sollte nun erwarten, daß auch Herr Schmalbein seinen Teil zu dieser „gemeinsamen“ Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beiträgt. Wie sieht es aber damit in der Praxis aus?

Die Zuckerrabriten befinden sich jetzt in der Hochflation. Anstatt daß nun die Firma vom Rath u. Vredt zur Vermeidung der Arbeit eine genügende Anzahl Arbeiter einstellt, müssen vielmehr die bei der Firma Beschäftigten schon wochenlang zahlreiche Ueberstunden verrichten. Es werden im Tag vierzehn bis fünfzehn Stunden gearbeitet, in den letzten Wochen haben es Arbeiter auf etwa neunzig Arbeitsstunden pro Woche gebracht. Wie soll man es nennen, wenn man Arbeiter bis zu 16 Stunden täglich beschäftigt und in der Stadtverordnetenversammlung von „gemeinsamer“ Bekämpfung der Arbeitslosigkeit spricht? Hier bietet sich Herrn Schmalbein doch im eigenen Interesse die beste Gelegenheit, etwas zur gemeinsamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen; warum erpt in die Ferne zu schweifen, wenn das Gute doch so nahe liegt? Was nützen denn in der Stadtverordnetenversammlung alle schönen Worte, wenn sie im eigenen Interesse nicht befolgt werden?

Ein Teil der bei vom Rath u. Vredt beschäftigten Arbeiter ist der Meinung, daß es ganz zweckmäßig wäre, wenn Herr Schmalbein dem Arbeitsprolet in seinem Betriebe keine Aufmerksamkeit zuwenden etwas widmen wollte. Es erweckt den Anschein, als wenn der Direktor Vredt und die übrigen Beamten manchmal etwas zu schroff der Arbeiter gegenübertraten. Die Arbeiter erwarten, daß jeder nach seiner Tätigkeit behandelt wird, nicht aber danach, ob jemand bei gewissen Gelegenheiten den Klausurier gespielt hat. Den größten Teil der Schuld an solchen Zuständen bei der Firma vom Rath u. Vredt haben allerdings die Arbeiter selbst. Anstatt das Ueberstundenunwesen zu bekämpfen, trachten vielmehr jeder danach, möglichst viel Ueberstunden zu verrichten. Obgleich infolge der Arbeitslosigkeit Tausende von Arbeitern kein Brot für Frau und Kinder haben, sind die Arbeiter in der Zuckerrabritenerei von vom Rath u. Vredt größtenteils bis 9 und 10 Uhr abends beschäftigt. Daß eine so lange Arbeitszeit in den heißen Räumen der Zuckerrabritenerei und bei der schweren Arbeit in kurzer Zeit die Gesundheit der Arbeiter ruiniert und sie frühzeitig dem Siechtum und dem Elend ausliefert, wird nicht bedacht. Erpt in den letzten Tagen ereignete sich bei dieser Firma spät abends ein schwerer Un-

fall; ein Arbeiter fiel in eine sogenannte Waflche und brach ein Bein. Ein anderer Arbeiter zog sich wenige Tage später eine schwere Handverletzung zu; dazu konnten noch die Arbeiter, die in den letzten Tagen krank und erwerbsunfähig zu Hause lagen. Man geht sicherlich nicht fehl, wenn man diese Erscheinungen auf die lange Arbeitszeit und die schwere Arbeit zurückführt. Mögten doch die Arbeiter endlich insgesamt zu der Einsicht kommen, daß mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation für eine Erhöhung des Lohnes oder der Alfordlage gekämpft werden muß, wenn der Verdienst bei einer 10 stündigen Arbeitszeit zu einer anständigen Lebensweise nicht hinreicht. Niemals darf jedoch versucht werden, durch Ueberstundenarbeit einen Ausgleich zu erreichen. Wenn die Arbeiter der Firma vom Rath u. Vredt einmal über das hier Gesagte eingehend nachdenken würden, dann würden sie wohl zur Einsicht kommen, daß eine Verbesserung ihres Arbeitsverhältnisses nur durch den Anschluß an den Fabrikarbeiterverband erreicht werden kann. Dann handeln die Arbeiter auch nach den Worten des Kommerzienrats Schmalbein und tragen zur „gemeinsamen“ Bekämpfung der Arbeitslosigkeit etwas bei.

§ Wie der Profit geteilt wird.

Einer der rentabelsten Betriebe der Zuckerindustrie ist die Badische Gesellschaft für Zuckerrabritation. Sie besitzt Zuckerrabriten in Baghauel (Baden) und in Bättlingen (Württemberg). Die Gesellschaft hat außerdem 21 Güter gepachtet und baut einen erheblichen Teil ihrer Aktien selbst an. Die Fabrik wurde im Jahre 1837 gegründet und 1851 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Aktienkapital beträgt zurzeit 4 717 286 Mk. Ueber die Größe der letzten 5 Jahre unterrichtet nachstehende Tabelle:

Jahr	Reingewinn	Dividende in Proz.	Dividende in Mk.	Tantieme an Vorstand und Aufsichtsrat	Zu Unterstützungen verwendet
1903/04	987 508	7	330 000	67 309	15 000
1904/05	912 442	7	330 000	58 066	15 000
1905/06	771 813	7	330 000	54 477	12 000
1906 07	1 055 395	9 1/2	440 000	104 122	12 000
1907/08	1 195 383	10 1/2	495 000	134 349	15 000
	3 922 541		1 926 000	418 523	69 000

Also rund 4 Millionen Reingewinn haben die Arbeiter in 5 Jahren erarbeitet. Gewiß ein stattliches Säckchen. Da sollte man doch meinen, daß bei der Verteilung dieser Summe die Arbeiter nicht vergessen würden. Sehen wir uns einmal die Verteilung des Reingewinns daraufhin an: In den ersten beiden Jahren (1903/04 u. 1904/05) merkten sie 15 000 Mk. für Unterstützung der Arbeiter auszugeben. Die ganze Möglichkeit dieser Summe ermüht man am besten daran, daß die Direktion und Aufsichtsrat, zusammen ganze 10 Mark an die Arbeiter, reichlich viermal so viel erhielten, wie für die gesamte Arbeitergesellschaft auszugeben wurde. Als im Jahre 1905/06 der Reingewinn zurückging, wurden die Aktionäre nichts davon gewahrt — sie erhielten ihre 330 000 Mk. gleich 7 Prozent Dividende nach wie vor. Dem Aufsichtsrat wurden keine Tantiemen um ein geringes — nur zirka 6 Prozent — beschnitten, der winzige Betrag aber, der für die Arbeiter im Jahre vorher auszugeben wurde, wurde um 20 Prozent gekürzt, sie erhielten nur noch 12 000 Mk.

Im nächsten Jahr hob sich der Reingewinn bedeutend — er stieg auf 283 582 Mk., das sind fast 40 Proz. Die Aktionäre merkten den Segen sofort, ihr „Entsorgungslohn“ wurde von 330 000 auf 440 000 Mk. erhöht, das ist eine Steigerung um 33 1/3 Proz., entspricht also annähernd der Steigerung des Reingewinns. Den Aufsichtsrats- und Direktionsmitgliedern hatte man im Vorjahr durch eine sechsprozentige Tantiemenkürzung wehe getan, das mußte gutgemacht werden. Ihre Gehaltszüge wurden um 90 Prozent erhöht. Die Summe für Unterstützung der Arbeiter wurde nicht erhöht, nicht einmal die 20 prozentige Kürzung des Vorjahres wurde ausgeglichen. Die 10 Tantiemenmitglieder erhielten also 4 mal so viel an Zulage, wie für die gesamte Arbeitergesellschaft überhaupt auszugeben wurde. Nun ist für das verfloffene Jahr der Gewinn abermals beträchtlich gestiegen. Die Aktionäre haben 55 000 Mk. und die Tantiemenbezieher reichlich 30 000 Mk. „Zulage“ erhalten. Diesmal hat man auch die Arbeiter nicht vergessen. Die 3000 Mk., die ihnen vor 3 Jahren abgezogen wurden, sind ihnen wieder zugedeigt worden — der Unterstützungsfonds hat wieder 15 000 Mk. erhalten.

Die Rechnung läßt sich noch anders aufmachen: An Aktionäre, Aufsichtsrat und Direktoren und zur Unterstützung der Arbeiter wurden in den 5 Jahren 2 412 523 Mk. aufgewendet. Davon erhielten die Aktionäre 80 Prozent, die 10 Aufsichtsratsmitglieder und Direktoren reichlich 17 Prozent und die gesamte Arbeitergesellschaft zusammen noch nicht 3 Prozent. Ja, wird da der schlaue Kapitalist einfallen, die Arbeiter erhalten doch ihren Lohn! Das stimmt, aber die Direktoren erhalten auch ihren Lohn, und zwar einen um das Vielfache höheren wie die Arbeiter, und die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre „Arbeit“ — die in einigen Sitzungen und Kontrollen besteht — ebenfalls Entschädigungen, und zwar ganz erhebliche. Die Aktionäre erhalten zwar keinen Lohn außer ihrer Dividende, sie leisten aber doch auch feinerle Arbeit. Sehr viele von ihnen wissen wahrscheinlich gar nicht, wo die Zuckerrabriten, deren Aktien sie besitzen, überhaupt liegen. Wenn sie aber einwenden, daß sie ja ihr Geld dabei riskieren, so ist dem entgegenzusetzen, daß die Arbeiter viel wertvolleres riskieren — nämlich ihre Gesundheit, ja ihr Leben.

Obige Ausführungen sollen keine Kapuzinerpredigt an die Kapitalisten sein — das wäre vergebliches Bemühen. Nur die Arbeiter sollen daraus erkennen lernen, welche riesige Summen sie erarbeiten, wie wenig Menschen sich in diesem Segen teilen und welche Bettelepennige ihnen als „Geschenk“ zugeworfen werden. Mögen sie die Konsequenz solcher Erkenntnis ziehen und sich durch Anschluß an die Organisation einen großen Anteil am Ertrage ihrer Arbeit sichern.

§ Regensburg.

Aus der bayerischen Zuckerrabritenfabrik. Ungefährlich im Herbst, wenn die Zuckerrabriten in voller Betrieb gesetzt wird und die Zahl der Arbeiter und Arbeiterinnen oft auf über 800 anwächst, ist es die Densität fast schon gewohnt, im Laufe der Kampagne eine größere Zahl leichter und schwerer Unglücksfälle als etwas Unabhängiges hinzunehmen. Nicht wenige Menschen haben in diesem gefährlichen Unternehmen den Tod gefunden oder sind zu Krüppeln geworden und müssen ein recht freudloses Dasein führen. Fast kein Tag vergeht, an dem nicht Unglücksfälle, und zwar nicht selten recht schwerer Natur vorkommen. Die Ursachen dieser Unglücksfälle sind in erster Linie auf das Konto des ungeschulten Arbeitspersonals und auf die mangelhaften Schutzvorrichtungen zu legen. Wann wird man endlich auch in diesem Betriebe einsehen lernen, daß ein fortwährendes Einstellen und Entlassen den Betrieb nur schädigt und seine Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Man halte uns nicht entgegen, daß diese verwerfliche Methode durch die Verhältnisse bedingt sei. Man hat Hunderte von Leuten gegenwärtig eingestellt, die von einem derartigen Betriebe keine blasse Ahnung haben, und dann täglich Leute in großer Zahl wieder entlassen. Würde an maßgebender Stelle die Einsicht obwalten, welche großen Vorteile die Fabrik davon haben würde, wenn sie mit Leuten arbeitete, die mit der Fabrikation vertraut sind, dann hätte man gewiß die vorhandenen Leute, die dem guten Willen hatten, in die Fabrik zu kommen, eingestellt, anstatt Hunderte ödlig Unvertraute, denen mit der Einstellung nichts gedienet war, weil in einigen Tagen doch die Entlassung folgte. Die Fabrikleitung weiß nur zu gut — und sie fährt auch genau Buch darüber —, daß eine große Zahl von Arbeitern nicht nur mehr vertraut mit der Fabrikation und den technischen Einrichtungen ist, sondern die Fabrikleitung weiß auch, daß darunter sehr gute Arbeitskräfte sind. Man war aber fast peinlich bemüht, bei der Einstellung von Hunderten von Personen ein Auslese zu halten, die der Fabrik nur schädlich sein muß. Würde man richtig kalkulieren, so hätte sich die Fabrik diese Leute für die Kampagne gesichert, anstatt Hunderte einzustellen, die im Leben noch keine Zuckerrabrit gesehen, noch weniger in einer gearbeitet haben. Daraus sind auch die vielen schweren Unglücks-

alle erklärlich. Daß es leider so ist, was ja auch auf die Resistenz der Fabrik hinweist, wird, daran tragen einzelne genau bekannte Personen die Schuld, die an leitender Stelle sind und den Namen „Scharfmacher“ vollst. verdienen. Oder meinen die Herren, die es angeht, der Organisation mit Nachsicht zu begegnen? Das wäre ein nutzloses Beginnen und würde auch nicht im geringsten im Interesse der Fabrik liegen, ganz abgesehen von der Aussichtlosigkeit, den Vorkampf der Arbeiterbewegung hier aufhalten zu wollen. Haben doch einschichtige Vorgesetzte längst erkannt, daß mit gut organisierten und disziplinierten Arbeitern leichter zu arbeiten ist, als mit unorganisierten. Hoffen wir, daß diese Zeilen genügen, den Einfluß von Denunzianten und Scharfmachern zu brechen, die mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß stehen und dabei die Arbeiter und die Fabrik schädigen.

Korrespondenzen.

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wie in: Rürnberg, Mannheim und Elmshorn.

Flensburg. Nachdem in der Kreisnische die Kampagne beendet und nur noch die ständigen Arbeiter beschäftigt werden, glaubt man die organisierten Arbeiter hindanzuworfen zu können. Erst wurde jedem Arbeiter die Frage vorgelegt, ob er Mitglied des Fachvereins sei; dies wurde selbstverständlich verneint. Nach einigen Tagen kam man wieder und erklärte, daß der Verband gemeint sei. Entweder austreten aus der Organisation oder aufhören. Gleichzeitig kündigte man organisierten Arbeitern, die bis zu 12 Jahren dort beschäftigt sind. Darüber freuen sich nun einige unorganisierte Kollegen. Die Kurzsichtigen! wissen sie nicht, daß es nur die Organisation war, die im verflochtenen Sommer die Lohnaufbesserung durchsetzte. So lassen diese Kollegen nun ihre Vorgesetzten im Stich. Jedenfalls werden die Gemäßigten ihre Unterstützung bekommen, sobald sie nicht zu verhungern brauchen, wie die Leitung des Betriebs sich so schön ausgeguckt.

Wir sagen: Wer Wind sät, wird Sturm ernten! Die Leitung der Kreisnische wird schon noch einsehen, daß sie doch nur ein Zeil ist von jener Kraft, die stets das Böse will und nur das Gute schafft.

Frankfurt a. M. Zu dem Bericht über einen Unfall in der Pharmazeutischen Fabrik von W. Gans (Nr. 45 des „Pr.“) geht der Fr. „S.“ folgende Berichtigung zu:

1. Raum fünf Schritte neben der Unfallstelle befindet sich ein Ausrücker, der es ermöglicht, die betreffende Welle sofort in Ruhe zu setzen. 2. Die untern Reihler in den Mund gelegte Keule ist nie gefallen. 3. Herr Meißel hat dem Herrn der Gewerbeinspektion gegenüber die von Ihnen gebrachte Verurteilung nicht geant. Zudem überzeugen sich die Beamten an Ort und Stelle selbst und gehen sich mit Erklärungen auf keinen Fall zu. 4. Bei dem leider erfolgten Unfall trifft die Fabrikleitung absolut kein Verschulden, wie auch von zwei unparteiischen Seiten einwandfrei festgestellt wurde, da alles vorgehen ist, um gerade solche Unfälle zu verhindern. 5. Die Schuld teilweise dem Affordsystem zuzuschreiben, ist ebenfalls nicht richtig, denn schon seit einem halben Jahre lassen wir nicht mehr im Afford arbeiten. — Wir betonen ferner bei dieser Gelegenheit, daß alle Vorschriften der Gewerbeinspektion und der Berufsgenossenschaft von uns peinlich erfüllt worden sind. Wenn jetzt an Schutzvorrichtungen gearbeitet wird, ist geschickt dies lediglich deshalb, um möglichst auch solche Unfälle, die durch Nachlässigkeit und grobe Fahrlässigkeit entstehen könnten, auszuschließen. Unsere Arbeiter sind von jeder befreit, sofort an zuständiger Stelle Meldung zu machen, wenn sie irgendwelche Schutzvorrichtung als unzulänglich oder gar erforderlich erachten. Wir haben in jeder Beziehung Vorkehrungen getroffen, daß bei Unglücksfällen die nötige Hilfe zur Stelle ist, wie auch bei dem jetzt geschehenen Unglück. Für Berichtsfahrer hat Sie übrigens auch insofern falsch orientiert, als dem Verunglückten nicht die beiden Beine, sondern die Hüfte amputiert worden sind.

Darauf wird von der Leitung untrer Zahlstelle Frankfurt folgendes erwidert:

Sie halten das in Nr. 255 der „Vollstimme“ vom 30. Oktober Gesagte im wesentlichen anrecht. Nach nochmaliger genauer Untersuchung des Vorfalls ist folgendes festgestellt: Es ist Tatsache, daß die Riemen stets während des Ganges der Maschine aufgelegt werden mußten. Die Keule: Was andre können, müssen auch Sie können, ist gefallen; allerdings nicht von dem Meister, der gegenwärtig da ist, sondern von Meister Reich. Auch die Anweisung: Während der Arbeitszeit werden die Maschinen nicht abgestellt, ist gefallen. Was nun die Schutzvorrichtungen an der betreffenden Maschine, an der das Unglück passierte, betrifft, so müssen wir unsere Behauptung aufrecht erhalten. Es heißt sich, daß die Verriegelung nicht funktionierte, eingetroffen war aber auch schon eingetroffen hatte; möglich konnte der Ausrücker nicht getrennt werden. Der Schlosser hat von Dienstag auf Mittwoch nach 9 Stunden hinterhergearbeitet an Schutzvorrichtungen, und hauptsächlich an der Maschine, an der das Unglück passierte war. Sie anders ließe es sich auch sonst erklären, warum die Arbeiter der Fabrik mit der Hand anlegten; hätte die Sache funktioniert, so hätte die Arbeiter ja nur den Ausrücker zu handhaben und jegliches Unglück wäre unmöglich gewesen. Die Arbeiter hätten dann auch nicht notwendig geholt, erst zum Heben zu gehen, um denselben zu veranlassen, die Maschine abzustellen. Tatsache ist ferner, daß die eine Schabe defekt war; in diese Schabe ist Angelbach mit dem Arm gekommen. Nach Aussage des Angelbach selbst ist derselbe 150 bis 200 mal herumgeschleudert worden; die Welle macht 80 Umdrehungen in der Minute. — Unsere Behauptung, daß Angelbach beide Beine amputiert worden seien, ist dahin zu berichtigen, daß „nur“ die Hüfte bis zur Hälfte der Waden abgenommen sind, was aber an der Schwere der Verletzung nichts ändert. Das Rippenbrüche ist durch ein Telephongespräch hervorgerufen. Ferner haben wir festgestellt, daß bereits vorher ein Arbeiter in der Hof verlegt wurde, weil sich derselbe weigerte, den Riemen während des Ganges der Maschine anzulegen. Der Arbeiter Hönigbauer, der für gegenwärtig in einer Krankenheilanstalt befindet, wurde an die Wand geschleudert, und während des Ganges der Maschine Reparaturen an den Riemen vorgenommen wurden. Auf den Säurebottichen wird herumgelaufen und die Riemen überstritten. Ein Arbeiter wurde von einem überanstrengten Säurebottich an Leibe verbrannt, erhielt 30 Mark von der Betriebsleitung und die Sache war erledigt. Nach dem Unglück — che ein Satzgeneral um den Rest angebracht, das aber für — von der Summe genommen war. Ein neues ist bis jetzt noch nicht angebracht. Dem gesagt wird, wir kommen den Wünschen der Arbeiter, wenn dieselben Schutzvorrichtungen als unzulänglich erachten, nach, so läßt aber das ganze Verhalten außer Schluß; zudem sind wir der Ansicht, daß die Betriebsleitung die notwendigen Schutzvorrichtungen ohne das „Grachten“ der Arbeiter anbringen und instand zu halten hat. Das Affordsystem ist allerdings abgeschafft, aber die Arbeitsleistung ist unter dem Eindruck dieser Gebrauche wie im Afford. Vor mir liegen 36 Lohnlisten; danach haben die Arbeiter im Afford verdient (die Lohnlisten sind leider nicht immer angegeben, betragen aber 5 bis 8 Stunden pro Woche) 33,30, 31,20, 34,80, 35,20, 28,62, 27,90, 26,40 Mark usw. Jetzt, nachdem im Lohn gearbeitet wird, verdienen die Arbeiter 2,70 bis 4,20 Mark pro Tag bei derselben Arbeitsleistung. Wie die Arbeitsleistung, aber weniger Lohn. Die Sache liegt einfach so: Sind die Schutzvorrichtungen intakt, d. h. in bestmöglicher Instand gesetzt und die Arbeiter haben trotzdem gegen die Unfallverhütungsvorrichtungen gehandelt und die Riemen während des Ganges der Maschine angelegt, so wird der Verletzte seine Wunden heilen und zu arbeiten. Ja das Gegenteil der Fall, und das wird in bezug auf, dass eine Veranlassung die Fabrikarbeiter. Für uns kommt hier nur in Betracht, dem Arbeiter seine Wunden zu heilen und zu verhindern, daß nicht noch mehr Unfälle vorkommen. Der verletzte Arbeiter, den wir im Krankenhaus eingekerkert haben, erklärt, den Unfall von uns gefahren zu haben und behauptet, daß er in dem Afford verunglückt sei. Der Unfall wurde Angelbach nochmals vorgelesen, darauf erwiderte

derselbe: So ist es. Wie man da noch den Mut haben kann, zu schreiben: Wenn jetzt an Schutzvorrichtungen gearbeitet wird, so geschieht dieses lediglich deshalb, um möglichst auch solche Unfälle, die durch Nachlässigkeit und grobe Fahrlässigkeit entstehen können, auszuschließen, ist unverständlich.

Auch die Erklärung der 18 Arbeiter des Betriebs, daß die Firma stets den Wünschen der Arbeiter entgegengekommen sei, wenn es sich um Anbringung von Schutzvorrichtungen handle, ändert nichts an der Sache, denn solche Erklärungen sind billig wie Brombeeren, noch dazu in einer Zeit wie der gegenwärtigen.

Gandsham (Oberbayern). Am 25. Oktober fand hier in der Saale des Gastwirts Niederegger eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in der Frau Walli Maier aus München über das Thema: Die Frau als Mutter und Arbeiterin referierte. In leicht faßlicher Weise entlegte sich Referentin ihrer Aufgabe, hinzuweisen, wie notwendig es gegenwärtig sei, sich der Organisation anzuschließen. Erst dadurch sei es möglich gemacht, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Lohnverhältnisse zu erringen. Das letzte Zusammenhalten gerade im November vorigen Jahres habe seine Früchte getragen. Leider hätten zahlreiche Sortiererinnen, die alles bewilligt bekommen, was unter den Verhältnissen erreicht werden konnte, der Organisation den Rücken gekehrt, weil eben ihre Wünsche erfüllt waren. Diese Kurzsichtigkeit könnte sich aber schwer rächen. Es sei deshalb zu hoffen, daß die Kolleginnen sich noch zur rechten Zeit auf ihre Pflicht besinnen und für Stärkung des Verbandes sorgen. Die Referentinnen konnten sich sehr bald kommen. Eine Anzahl Bergarbeiterinnen wohnte mit Interesse der Versammlung bei, den Wunsch ausprechend, bald wieder eine so schöne Versammlung zu erleben.

Kelheim. Eine glänzende besuchte Versammlung fand Sonntag, den 25. Oktober, in Kelheim statt. Nicht gebrängt standen Frauen und Männer in Saale des „Goldenen Kreuzes“, um den Ausführungen des Kollegen Stammer „1. Lohnfragen, der über „Die Arbeitslosigkeit, deren Ursachen und Beseitigung“ referierte. Es waren Arbeiter der Zellulosefabrik v. Simonius, die sich hier in massenhaft zusammengefunden hatten, Arbeiter jener Fabrik, die ob ihrer geradezu jämmerlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen weit über Kelheims Mauern hinaus bekannt ist. Gar manchesmal im Verlaufe von 10 Jahren hatte es der Fabrikarbeiterverband versucht, in diesen Betrieb, in dem jetzt 550 Arbeiter beschäftigt sind, Breche zu legen, um mit Hilfe derselben Stundenlöhne von 20-23 Pfg. für Vollarbeiter und 10, höchstens 17 Pfg. für Arbeiterinnen zu bewerkstelligen. An der Interessiertheit dieser Armen scheiterte jeder Versuch. Nun ist es endlich besser geworden, wie der oben geschilderte Versammlungsbericht bewies. Ein wilder Streik im heurigen Sommer, der verloren gehen mußte, weil die Hilfe der Organisation fehlte, hat die Arbeiter aus ihrem Taumel aufgeschreckt und das erfreuliche Ergebnis gezeitigt, daß innerhalb sehr kurzer Zeit beinahe die gesamte Arbeiterkraft sich untrer Organisation angeschlossen.

Es mag ein Gefühl solcher Genugtuung sein für jene alten Kollegen, die seit 10 Jahren unentwegt zur Fahne standen, obwohl ihnen hundertmal höhnend ins Gesicht geschrien wurde: „Ihr seid Gel, wenn ihr Beiträge bezahlt, denn es nutzt ja doch nichts.“ Die Zeit hat auch hier wieder gezeigt, wer der Gel ist, ob der Organisierte oder der Nichtorganisierte. Und wenn in der oben vermerkten Versammlung bereits von einer Diskussionsrednerin festgestellt wurde, daß nun die Behandlung der Arbeiterinnen seit Bestehen der Organisation eine bessere geworden ist, so sind wir der Meinung, daß auch die Besserung bezüglich des Lohnes nicht ausbleiben wird, wenn es die Arbeiterkraft versteht, sich die jegliche Geschlossenheit auch für die Zukunft zu erhalten. Not tut es! Aufseher, die für ihre „Herrlichkeit“ fürchten, schimpfen wie die Köhnpapen über den Verband, die christlichen Brüder drohen mit Hölle und Teufel, wenn die Leute nicht zu ihnen gehen, und der Herr Direktor hat — um sein gutes Herz zu zeigen — den Arbeitern nahegelegt, einen Unterstützungsverein zu gründen, „da es schade ist um das schöne Geld, das die Leute in den Verband bezahlen.“ Mögen daher untre Kollegen und Kolleginnen auf der Hut sein!!

Lägerdorf. Die Meister, Vorarbeiter und Techniker der Lägerdorfer Zementfabrik stehen schon seit längerer Zeit an etlichen Tagen der Woche auf der Lauer, um Arbeiter abzufangen, die Holzabfälle oder Kohlen mit nach Hause nehmen. Mehrere Fälle sind zur Anzeige gekommen und die Beteiligten in empfindliche Strafe genommen worden, oft für sehr geringfügige Sachen. Wir wollen nun keineswegs diese Arbeiter in Schutz nehmen, aber das sei gesagt, es stiehlt doch gewiss kein Arbeiter aus purem Übermut, um mit der Gehehen in Konflikt zu kommen. Nur die Not treibt dazu, daß sich mal ein kleines Bündel aufgeschürt wird. Jedenfalls lassen sich die Arbeiter keine Bestrafungen machen oder Fußböden legen auf Fabrik-Ankosten. Auch nehmen sie keine Fuhrre Kohlen mit nach Hause. Vielleicht bliebe die Strafe aus, wenn sie es täten, denn das Sprichwort sagt ja: Die kleinen Diebe hängt man, die großen aber läßt man laufen. Schon vergangenen Winter, gleich nach dem Lohnabzug hat die Aupaperei begonnen. Der Betriebsleiter Herr Seemannich scheint nicht einzusehen, daß die Arbeiter durch die schlechten Löhne zur Mehrlichkeit getrieben werden, denn sonst wären die Tagelöhne nicht diesen Herbst noch mal reduziert worden. Es wären ferner den Arbeitern an den Sachnahmlichkeiten die Arbeitslöhne nicht 150/0 oder 45 Pfennig pro Tag gekürzt worden. Aus diesen Krämpfen, Invaliden und alten Arbeitern, die fast ein halbes Pfenning — auf der Fabrik geschuftet haben, sollte die Betriebsleitung nicht noch das letzte bißchen Saft, das ihnen noch übrig geblieben ist, herauspressen.

Was kümmert es den Kapitalisten, wenn der Arbeiter keine warme Stube, wenn die Kinder frieren, wenn der Arbeiter nichts zu beissen hat. Hauptfrage für ihn ist, daß billig gearbeitet wird, damit die Dividenden steigen. Das Streben nach Profit wirkt alle Christenliebe über den Haufen. Bemerk sei noch hierzu, daß unser Kollege H. plätzlich erkrankte wurde, mit dem Bemerkten: es würde sonst alles in die Zeitung kommen. (Wie die Herren sehen, kommt es auch so hinein.)

Rundschau.

Freigeiprohener Flugblattverteiler. Am 31. August wurde Kollege S. dabei erwischt, als er vor einem geschützten Flugblatt an die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen verteilte. S. wurde angefaßt; der Termin fand am 31. Oktober vor dem Schöffengericht in Altona statt. Die Anklage lautete auf Vergehen gegen § 51 des preussischen Preßgesetzes. Antisemit und Schöffen konnten trotz eifriger Suchens nichts Strafbares an dem Zeitvertreter finden, und somit beantragte der Anwalt kostenlose Freisprechung, dem sich das Gericht anschloß. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. Die Altonaer Postzeit aber ist wieder mal blankiert.

Der bestrafte Streifbrotvermittler. Der Hirsch-Dunderliche Bezirksleiter Strohfeldt in Breslau hat im Frühjahr dieses Jahres arbeitslose Gewerbetreibende als Arbeitswillige an die Reichsmanufaktur von Gubisch in Regenitz vermittelt. Durch die alffertig an ihm geübte Kritik fühlte er sich dann so schwer verlegt, daß er gegen seine Widersacher eine Reihe von Beleidigungslagen anstregte. Gleichzeitig erhob er in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ einen Heißzettel gegen seine „Verleumder“. Nachdem er wegen seiner Schimpfereien bereits von verschiedenen Seiten zur Rechenschaft gezogen und regelmäßig dazu auch bestraft worden ist, hatte er sich vorige Woche ebenfalls wieder vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. In einem Artikel, der die Heberhühner trug: Des Reichsmanufakturverbandes und der „Breslauer Volkswacht“ Kaufmann, erob er allerlei Verdächtigungen gegen den Bezirksleiter des Reichsmanufakturverbandes, Genossen Schlegel, des Redakteur der „Volkswacht“, Genossen Wert, und einen früheren Gewerbetreibenden Kapelle, der aus Anlaß des verübten Streikbruchs und der Streikbrechervermittlung zum Verbanne übergetreten war. Dafür wurde er jetzt zu 300 M. Geldstrafe verurteilt und der Fortzögerer führte aus, das Gericht habe erzwungen, um nicht eine längere Gefängnisstrafe am Plage sei. Nur der Umstand, daß der Angeklagte in der Erzeugung

über die ihm gemachten Vorwürfe gehandelt habe, lasse diesmal noch eine Geldstrafe am Plage erscheinen. Was die Hirsch-Dunderliche Fremde natürlich nicht abgefallen wird; aber die Schimpfereien mit Verleumdungen der freien Gewerbetreibenden zu zeteren.

Verbandsnachrichten.

Vom 3. November ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
 Dresden 800.—, Delmenhorst 800.—, Düsseldorf 200.—, Regim 146,36, Barel 32,74, Fürth 31.—, Guben 24.—, Harsfeld 12,94, Rudloff 7,50, Tübit 140.—, Hausdam 110,56, Eggersheim 103,77, Hochdorf 99,36, Freese 4,45, Gemmoor 195.—, Waltershausen 100.—, Schwenningen 58,84, Lorch 50,30, Braumlage 14,80, Tessa —, 50, Traunstein 100.—, Zelllingen 3,43, Sulgau 163,96, Viechtheim 29,34, Bremen 800.—, Gronau 10,74, Großklaus 5.—, Mügeln 1200.—, Blauenstein Grund 800.—, Cella 639,71, Lägerdorf 500.—, Greiffenberg 80.—, Gernshelm 44,40, Neubudum 42,46, Potsdam 33,32, Stadtkir 15,46, Gehmann 10.—, Offenbach 702,83, Kattenstedt 160,60, München 2000.—, Regensburg 500.—, Neusefeld 500.—, Striegau 300.—, Woldegl 200.—, Barth 200.—, Friedrichstadt 73,89, Heilbronn 31.—, Neustadt i. S. 6,60.

Schlus: Montag, 9. November, mittags 12 Uhr.
 Fr. Brunns.
 Die Abrechnung für das 3. Quartal 1908 haben eingesandt: Harsfeld, Lahr, Muttertadt, Hausdam, Regim, Sualburg, Herzberg a. Harz, Lorch i. S., Tirschreuth, Braumlage i. P., Altripp, Schwenningen, Potsdam, Sulgau, Dortmund, Zelllingen 2. und 3. Quartal, Viechtheim, Gronau, Cella, Gernshelm, Hochdorf, Greiffenberg i. Schl., Stadtkir, Kattenstedt, Neu-Budum, Erlangen, Schönlanke, Ueterfen.

An alle Unterstützungsausahler.

Die Reise-Unterstützung wird in den vom Vorstand bestimmten Zahlorten nach dem 1. Oktober in derselben Höhe für jeden Reisetag ausbezahlt, als wie die Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung am Orte. Also je nach Dauer der Mitgliedschaft 1 M. bis 1,50 M. täglich bis zur statistisch festgesetzten Höchstsumme.

Die auf dem letzten Verbandstage eingeführte Reiseentschädigung kann nur von unverheirateten Mitgliedern und nur dann bezogen werden, wenn dieselben vor Eintritt der Reise durch die zuständige Ortsverwaltung einen Antrag beim Vorstande einreichen und ein festes Arbeitsverhältnis nachweisen können.

Der Vorstand.

Eine wertvolle Materialsammlung
 für jeden Kollegen bildet der vom Vorstandsvorstand herausgegebene Monatsatender für das Jahr 1909. Instruktive Artikel geben über den Arbeitsvertrag, sowie über die Arbeiterversicherungsgesetze Auskunft. Die Anleitungen zur Benutzung des neuen Vereinsrechts werden allen Mitgliedern, namentlich aber den als Vertrauenspersonen tätigen, sehr willkommen sein. Für die agitatorisch tätigen Mitglieder bietet der Kalender ebenfalls reichhaltiges Material. Die Angaben über die Gewerkschaften, namentlich aber die Gegenüberstellung der Leistungen der drei Gewerkschaftsrichtungen (freie, Hirsch-Dunderliche, Christlich), unter besonderer Berücksichtigung der für uns in Betracht kommenden gegnerischen Gewerkschaften, kann unsern Kollegen bei mancher Debatte mit den Gegnern sehr gute Dienste leisten. Eine Menge statistischer Daten über Groß- und Kleinhandelspreise, Zölle, Steuern, Aktienkursen usw. geben über manche Frage schnell Auskunft. Auch die Daten aus der Verbandsgeschichte füllen eine oft gefühlte Lücke aus.

Im Anschluß an obiges sei noch auf das **Protokoll vom 9. Verbandstag** hingewiesen. Dasselbe enthält die stenographisch aufgenommenen Verhandlungen des Verbandstages sowie die eingegangenen Anträge, den Bericht des Vorstandes usw. Es ist somit ein unentbehrliches Buch für jedes Mitglied. Das Protokoll wird zu dem billigen Preise von 15 Pf. pro Exemplar, also unter dem Selbstkostenpreise, abgegeben.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

- Buch-Nr. 79 172, ausgef. auf den Namen H. Rißmanr am 16. August 1903 in Dittenfen.
- Buch-Nr. 266 643, ausgef. auf den Namen Eugen Schaller am 8. Januar 1908 in Straßburg i. E.
- Buch-Nr. 267 894, ausgef. auf den Namen Alois Klein am 10. Oktober 1907 in Straßburg i. E.
- Buch-Nr. 102 247, ausgef. auf den Namen August Lohmann am 21. Oktober 1905 in Meifen.
- Buch-Nr. 138 353, ausgef. auf den Namen Adam Drummer am 23. Februar 1906 in Karlsruhe.
- Buch-Nr. 232 776, ausgef. auf den Namen Alfred Schmidt am 21. Januar 1907 in Hamburg.
- Buch-Nr. 29 207, ausgef. auf den Namen Max Heinrich am 30. Oktober in Mügeln.
- Buch-Nr. 23 995, ausgef. auf den Namen Richard Bräunlich am 1. Januar 1905 in Eisenberg (S.-M.).
- Buch-Nr. 230 342, ausgef. auf den Namen Klaus Seemann am 18. Januar 1907 in Neumünster.

Ausgeschlossen sind die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Stuttgart:

- Ferdinand Wagner, Buch-Nr. 197 042, eingetreten am 28. Juli 1906.
- Lisette Wagner, Buch-Nr. 92 251, eingetreten am 29. Juli 1905.

Desgleichen die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Elmshorn:

- Gustav Ferle, Buch-Nr. 275 138.
- Gubmann, Buch-Nr. 153 164.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Wiesefeld. August Wichmann, Siefer II, Nr. 169. Die Reiseunterstützung wird im Bureau der Textilarbeiter Weberei 5, ausbezahlt.
Thale a. S. 1. Bevollmächtigter Karl Keune, Rübchenstraße 2a. Geschäftsführer H. Schinkel, Brückenstr. 29.

Briefkasten.

Duisburg. Eure Mahnung ist gewiss gut gemeint, aber fruchtlos, die säumigen Versammlungsbesucher sind auch säumige Zeitungsleser. Zum Versammlungsbesuch kann man nicht durch Aufrufe im Verbandsorgan, sondern nur durch persönliche Einwirkung erzielen.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen der chemischen Industrie.
 Sonntag, den 15. November 1908, mittags 12 Uhr, im „Palasttheater“, Burgstraße 22.
Große öffentliche Versammlung
 aller in der chemischen Industrie Beschäftigten (chemischen, Farben, Seifen, Gummi-, Schallplatten-, Glühlicht-, Magnesia- und Glasmanufakturisten). Tagesordnung:
 1. „Die wirtschaftliche und sanitäre Lage der in der chemischen Industrie Beschäftigten.“ Referent: Reichstagsabgeordneter August Brey.
 2. Diskussion.
 Kolleginnen und Kollegen! Es wird bestimmt erwartet, daß unter Berücksichtigung des vorstehenden Themas niemand der Versammlung fernbleibt. Gehet in Massen!
 Der Generalsekretär: Konrad Bruns, Strauchstraße 215.

Aus der chemischen Industrie.

Die schwarze Liste der chemischen Großindustrie.

Mit unheimlicher Tücke und Grausamkeit verfolgt die chemische Großindustrie Deutschlands, alle ihr unheimlichen Personen aus ihrem Angehörigen- und Arbeiterkreise. Schleißend, wie die Gifte wirken, die sie herstellt, ist ihre Methode der sozialen Kriegführung. Nicht in offenem Kampfe mit der Arbeiter- oder Angestelltenorganisation messen die Kapitalgewaltigen der Giftstätten ihre Kräfte, sondern sie haben unter sich ein geheimes Vertikalisierungssystem über das Wohlverhalten ihres Fabrikpersonals eingeführt, und dieses funktioniert geräuschlos, aber sicher, wie die ehemalige heilige Feme gegen die Betroffenen. Ein Fall aus dem größten deutschen Betriebe unserer Branche, den der Berliner „Vorwärts“ von sachkundiger Seite mitgeteilt erhält, ist eine lebendige Probe für das Geheimverfahren der Giftstätten-gewaltigen.

Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen hatte einen Arbeiter eingestellt, ohne sich darüber zu vergewissern, daß der Mann früher einmal, nicht etwa in seiner letzten Stellung, bei den Farbenfabriken von Fr. Bayer u. Co. in Elberfeld-Beverkufen beschäftigt gewesen und dort offenbar entlassen worden war. Der Mann hatte kurze Zeit im Ludwigshafener Betrieb geschäftet und schon war er durch Elberfeld ausprobiert. Selbstverständlich hat der chemische Kapitalismus seine Geheime und Zuträger bei diesem sauberen Werk in den Kreisen seines Personals selber, sonst könnte ja ein unglücklicher Proletarier unter 8000 Beschäftigten nicht mit solcher Sicherheit und Schnelligkeit herausgefunden werden. Und es wäre kein Wunder, wenn die betroffenen Angestellten und Arbeiter mit der Zeit ebenfalls dies grausame Mittel der alten Feme, grimmige geheime Mache, solchen Denunzianten und Subjekten gegenüber anwenden lernten, nachdem es ihnen der Kapitalismus so eindringlich lehrt. Der gefährliche Arbeiter wurde also von Elberfeld aus in Ludwigshafen ermittelt und Ludwigshafen wurde angefragt, warum es den Mann eingestellt habe bzw. es wurde gebeten, ihn zu entlassen, ohne daß irgend ein anderer Grund vorlag, als die frühere Entlassung aus der Elberfelder Beschäftigung. Dabei nahm der Mann keine irgendwem bedeutsame Stellung im Betriebe ein. Er wurde beim Kohlentransport wie ein beliebiger ungelernter Arbeiter beschäftigt. Das schützte ihn jedoch nicht vor der brutalen Verfolgung und Auszehrung durch das chemische Großkapital. Nicht einmal durch Kohlenschaukeln darf ein Proletarier, der einmal mit unsern Giftstättengewaltigen zusammengestoßen ist, sein und seiner Familie Brot mehr verdienen. Unsere chemischen Direktoren sind unbarmerziger als die großen deutsch-amerikanischen Dampfergesellschaften, die zum Kohlenziehen im heißen Bauch ihrer Schiffsungetüme jeden zulassen, der der alten Heimat entfliehen und sich auf ehrliche Weise hinüber in die neue Welt arbeiten will. Der Arbeiter in der Heimat, den unsere Giftstättengewaltigen brandmarken, soll hungern und verelenden mit Frau und Kindern, weil er es gewagt hat, auch nur einmal nicht ganz nach der Pfeife des Kapitals zu tanzen.

Ähnlich wie bei der rheinisch-westfälischen Bergwerks-industrie, von der es neulich durch Veröffentlichung eines Geheimzirkulars urkundlich nachgewiesen wurde, und gegen die einzuschreiten sich der Staatsanwalt beharrlich weigert, auch auf christlich-fromme Arbeiter-Eingaben hin, liegt bei der chemischen Großindustrie Deutschlands dem heimtückischen Vorgehen eine vertrauliche Vereinbarung zugrunde. Am 1. Januar 1905 trat die bekannte geschäftliche Interessengemeinschaft von Elberfeld-Ludwigshafen-Schering (Berlin) in Kraft. Und schon im März desselben Jahres trat dieser chemische Dreieck mit der andern deutschen Interessengemeinschaft, dem chemischen Zweieck, den Höchster Farbenwerken und Cassella u. Co. in Fachsenheim, das Übereinkommen, „Angestellte und Arbeiter nur mit gegenseitiger Vertikalisierung in ihre Betriebe oder Verkaufsorganisationen

aufzunehmen“, was alsbald noch deutlicher in folgender vervollständigter Form gegenseitig festgelegt wurde: „Bei dem andern Teil ausgetretene Beamte und Arbeiter dürfen nicht ohne vorherige Mitteilung und Aussprache mit der Firma, bei welcher sie vorher beschäftigt waren, angestellt werden.“ In den Akten dieser kapitalistischen Geheimbünde sind die beiden Vereinbarungen unter Nr. 20 und 20a registriert. Kalle in Wiebich, Weiler ter Meer, die bekannte rheinische Firma, und andre mittlere und kleinere chemische Fabriken sind der sauberen Abmachung beigetreten. Selbstverständlich gilt sie auch für die zahlreichen ausländischen Filialen der Großbetriebe, so daß ihre Wirksamkeit sich sozusagen auf die ganze Welt erstreckt und ein chemischer Proletarier des Kopfes oder der Hand sich selbst durch Auswanderung nicht aus den Schlingen der kapitalistischen Geheimverfolgung retten kann, die ihm da gelegt sind.

Offen und ehrlich kämpfen die Organisationen der Angestellten und der Arbeiter wie die unsrige gegen die Uebermacht der Kapitalgewalt. Dessenhalb erwärmen wir in unserm Verbandsorgan, auf unsern Konferenzen und Verbandstagen die Mittel, mittels deren wir uns gegen die Profitgier der Kapitalisten zu wehren suchen. Wir unterstützen unsern Kampf und unsere Kampfmittel der öffentlichen Kontrolle und der Kritik der ganzen Welt, weil wir sicher darin sein wollen, daß wir kein Mittel anwenden, das die Allgemeinheit schädigt und über den Rahmen der Geltendmachung berechtigter Interessen hinausgeht. Wir könnten in unsern Bureaus auch geheime Maßregeln beraten und würden im Vertrauen unserer Mitglieder zu ihrer Durchführung eine sicherere Stütze finden, als die Giftstättengewaltigen in ihrem Heer von Angestellten, in dem doch immer wieder der eine oder der andre rebelliert, wie die hier besprochenen Enthüllungen zeigen. Aber wir verschmähen solche Kampfweise, weil sie keinen nachhaltigen und dauernden Erfolg verspricht. Wir wollen und können in unserm Kampforganisation gegen das Kapital vorwärts schieben im Einklang mit der tatsächlichen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, die sich vor aller Augen vollzieht. Soweit sie uns Kampfmittel in die Hand gibt, benutzen wir sie offen und ehrlich, wir suchen sie aber nicht zu ergänzen durch geheime Machenschaften, welche das Licht zu scheuen haben. Wir machen lieber langsame, aber solide Fortschritte, statt mit verwerflichen Mitteln und Gewalttaten zu operieren, die vielleicht Furcht und Schrecken verbreiten, aber nicht zur Kulturarbeit für die Hebung der Arbeiterklasse erziehen. Anders unsere Kapitalgewaltigen. Ihnen ist jedes Mittel recht, auch das verwerflichste. Sie erlauben sich und ihren Kreaturen eine niedrige Nachepolitik mit Geheimnissen, die für das Gedeihen der chemischen Industrie gänzlich überflüssig sind. Selbst die beschränkteste und selbsthätigste Verteidigung des Kapitalprofits hätte nicht nötig, zum niederträchtigen System der schwarzen Listen und Geheimverfolgung zu greifen, weil die Organisation der Angestellten und Arbeiter doch nicht aufzuhalten ist und weil die weitgehendste Interessenvertretung des Kapitals es nicht nötig macht, den einzelnen, der im Unfrieden aus dem Arbeitsverhältnis geschieden ist, mit solcher Grausamkeit und Unbarmerzigkeit zu verfolgen. Und sollten etwa statt sozialer die betriebstechnischen Gründe in den Vordergrund geschoben werden, so antwortet der kundige Gewährsmann des „Vorwärts“ im voraus ganz richtig wie folgt: „daß die meisten ungelerten Arbeiter, die in chemischen Fabriken verwendet werden, naturgemäß vollständig erkenntnislos Zuschauer bleiben bei den sich in einer allenfalls etwas wallenden, meist dunkelfarbigen Brühe, sogar meistens in verschlossenen Gefäßen vollziehenden, sinnlich in keiner Weise wahrzunehmenden chemischen Reaktionen, bei denen es nur auf eine gewisse Zeit und eine bestimmte Temperatur ankommt und deren bester Verlauf nur durch eine ganz subtile Empirie festgestellt wird. Man schaudert, wenn man bedenkt, was der Arbeiter Müller den zu diesem schönen Zweck geeinigten Fabriken mit ihren 500 Millionen Kapital für Schaden zu-

fügen kann, wenn er einer Konkurrenzfirma verrät, daß er bei der Herstellung von Para-Toluidin in die ihm natürlich dem Gewicht nach unbekannt Menge von 1000 Kilogramm Para-Nitrotoluol die ihm ebenfalls unbekannt Menge von 1100 Kilogramm gemahlenes Eisen wirft, später 25 Kilogramm denaturiertes Salz hinzutut und schließlich 60 Kilogramm Eisenvitriol beifügt, worauf 742 Kilogramm Para-Toluidin entstehen.“ Ganz richtig! Solche „Geschäftsgeheimnisse“, die im Betrieb ganz andre Leute als die Arbeiter viel besser wissen- und an Dritte mitteilen könnten, wenn sie wollten, sind nur die Vorwände für eine brutale Verfolgungspolitik im sozialen Kampfe. Auszehrung und auszotzen will das chemische Kapital mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln seinen natürlichen Gegner, die organisierte Arbeiterschaft, die es doch andererseits so nötig braucht zur Erzielung seiner Riesengewinne. Das ist kein ehelicher Kampf mehr, das ist anarchische Herabwürdigung, ausgeübt an Menschen mit Fleisch und Bein, mit Herzen und Köpfen, wie die Kapitalisten auch. Daher rührt die keinem Kenner der Verhältnisse unbekannt Erscheinung, daß bei keiner andern Arbeitererschaft, als der chemischen, der anarchisierende Sozialrevolutionarismus mit seinen unklaren Zielen und Methoden so guten Boden findet. Diesen Boden bereiten die Giftstättengewaltigen selbst mit ihrer Vernichtungstaktik gegen jeden mißliebigen Arbeiter. Der verzweifelte Arbeiter antwortet darauf mit der anarchischen Vernichtungstaktik, die er gegen den Kapitalismus und seine Vertreter richtet, statt organisch am Aufbau der Gewerkschaftsorganisation als bleibender Macht gegen die Ausbeutung mitzuwirken. Insofern erntet das chemische Großkapital nur, was es gesät hat.

Wir aber dürfen uns durch keinerlei Fehler unserer sozialen Gegner von der Erkenntnis abdrängen lassen, daß wir der Kapitalorganisation in geduldiger Arbeit eine proletarische Organisation entgegenzusetzen haben, die jener Fuß für Fuß auf dem blutgetränkten Boden der chemischen Großindustrie abringt und statt die Arbeiter weiter in die Verzweiflung zu stoßen, sie gewinnt und rettet für den stärkenden Zusammenhalt in der Verbandsorganisation, welche ihre Mitglieder körperlich und geistig kräftigt zu immer widerstandsfähigeren Kämpfern. Das sei unsere beste Antwort auf das anarchisierende Verfolgungssystem unserer Giftstättengewaltigen!

Der Einfluß unserer Kapitalisten auf die Vorbereitung deutscher Gesetze.

Bis tief in bürgerliche Kreise hinein geht jetzt die Bewegung gegen die neuen indirekten Steuern, die dem deutschen Reichsbürger angehangen werden sollen. Eine der wahnwitzigsten und kulturwidrigsten neuen Steuerarten ist die Lichtsteuer. Das mittlere Bürgertum bäumt sich auch gegen die drohende Belastung seines Gasverbrauchs für gewerbliche und häusliche Zwecke. Den großen Kapitalisten der chemischen und verwandten Industrie aber ist es durch den Einfluß, den sie bei der Regierung und schon bei der Vorbereitung von Gesetzen haben, längst im voraus gelungen, sich Schonung zu erwirken. Bekanntlich hat sich in der deutschen Bergwerksindustrie eine großartige chemische Fabrikation zur Gewinnung von Nebenprodukten entwickelt. Ueber den Erfolg dieser Kapitalistengruppe hinsichtlich der neuen Gassteuer schreibt nun die bürgerlich-Berliner „Nat.-Ztg.“: „Sowohl die Abgabe der Koksöfen wie der Hochöfen hat man früher unverbraucht in die Luft gehen lassen. In neuerer Zeit aber hat man in diesen Gasen große Werte und Kräfte entdeckt und sie in der ausgiebigsten Weise nutzbar zu machen verstanden. Die Hochöfengase werden in feinsten Apparaten gereinigt und dann zum Antriebe von Gasmaschinen benutzt. Mit den Gasmaschinen werden sehr häufig Dynamomaschinen verbunden, und so werden die Abgase der Hochöfen zur Erzeugung elektrischer Kraft benutzt. Aus den Abgasen der Koksöfen werden die wertvollen Teile abgezogen; es entstehen dabei bekanntlich Peol, Benzol, Ammoniak und Besch, alles Abfallprodukte, aber von hohem Werte teils für die Farbenfabrikation, teils für die Landwirtschaft; denn mit dem Ammoniak stellt man schwefelures Ammoniak her, das für die Landwirtschaft ein unentbehrliches stickstoffhaltiges Düngemittel ist. Das Gas selbst wird unter den Kesseln verneuert oder auch im Verkauf abgegeben. Nun sieht der Entwurf, wie oben angedeutet, zwar gewisse Erleichterungen in der Steuer von dem Gas, das für den eigenen Verbrauch bestimmt ist, vor. Allein Ansehen nach ist es den Vertretern der Eisen- und Kohlenindustrie, die bei der Abfassung des

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gewerkschaften im 3. Vierteljahr 1908.

Wie vorauszusehen war, hat auch das 3. Quartal keine nennenswerte Besserung des Arbeitsmarktes gebracht. Nach der Zusammenstellung des „Reichsarbeitsblattes“, an welches im letzten Quartale 49 Verbände mit 1272 549 Mitgliedern berichteten, betrug die Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des abgelaufenen Vierteljahres 34 046 gegen 36 084 am letzten Tage des 2. Quartals. Das ist ein Rückgang von 2,8 auf 2,7 Prozent, also kaum nennenswert. Am gleichen Tage des Vorjahres waren dagegen nur 1,4 und im Jahre 1906 sogar nur 1,0 Prozent arbeitslos. Mithin hat sich die Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr fast verdoppelt, gegen 1906 aber fast verdreifacht.

Vorstehendes bezieht sich auf die Arbeitslosigkeit an einem bestimmten Tage des Quartals, nehmen wir aber die gesamten im Quartal vorgekommenen Fälle von Arbeitslosigkeit, so zeigt das abgelaufene Quartal die höchste bisher überhaupt erreichte Ziffer. Auf 100 Mitglieder kommen im dritten Quartal Fälle von Arbeitslosigkeit:

1904	1905	1906	1907	1908
7,4	7,2	5,4	6,8	9,6

Werden aber statt des summarischen Vergleichs die gleichen Verbände verglichen, so ist das Ergebnis noch ungünstiger. Der Prozentfuß beträgt dann 10,2 Prozent gegen 6,9 Prozent im Vorjahre.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage im 3. Quartal 1908 war bei den sämtlichen Mitgliedern aller Verbände: 1 658 252 Arbeitslosentage am Ort, 296 600 auf der Reise, insgesamt 1 954 852 Arbeitslosentage.

121 679 Fälle von Arbeitslosigkeit am Ort wurden im Quartal gemeldet, danach würde die durchschnittliche Dauer des Arbeitslosenfalles im Gesamt durchschnitte aller Verbände 16,3 Tage betragen haben.

Die Zahlen der Unterstützungen und Unterstüzungsummen, die im 2. Quartal gezahlt worden, sind die folgenden:

Es wurden vergütet:

	männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder
	Unterstützungstage	
am Ort	1 198 280	48 309
auf der Reise	289 797	137
	1 488 077	48 446

Die Summe der gezahlten Ortsunterstützung beträgt im dritten Quartal 1908:

an männliche Mitglieder	1 619 424 M.
„ weibliche	36 115 „
in Summa	1 655 539 M.
Dazu Reiseunterstützung	314 916 „
Summa	1 970 455 M.

Die gesamte Unterstützungsleistung der berichtenden Verbände im dritten Quartal 1908 befreit sich mithin auf 1 970 455 M., das sind 175 760 Mark mehr als im zweiten Quartal 1908.

Nach deutlicher geht die Steigerung der Arbeitslosigkeit, sowie die vermehrte Inanspruchnahme der gewerkschaftlichen Unterstützung aus der nachfolgenden Gegenüberstellung hervor, die die gleichen Verbände für das dritte Quartal 1907 und 1908 umfaßt.

Bei den gleichen Verbänden betrug die Zahl der

Mitglieder überhaupt	Mitglieder für die Berichtzeit	Fälle von Arbeitslosigkeit	unterstützten Personen (am Ort)	Tage	Mark
im 3. Vierteljahr 1908	1249432	1165704	119413	65633	1226994
im 3. Vierteljahr 1907	1301253	1292055	88077	35247	578846
					804 993

in diesem Jahre also 817 237 Mark mehr als im gleichen Quartal des Vorjahres.

Die durchschnittliche Unterstützungssumme auf den

Kopf der unterstützten Personen berechnet, betrug bei den gleichen Verbänden

im 3. Quartal 1908	24,68 M.
„ 3. „ 1907	22,90 „

Nicht trotz Abnahme der Mitgliederzahl um rund 10 Prozent Verdoppelung der unterstützten Personen und Verdoppelung der für Unterstützung ausgegebenen Summen.

Nachstehend folgen wiederum einige Spezialziffern für den Fabrikarbeiterverband. Unser Verband berichtete im 3. Quartal 1906 für 127 801 Mitglieder, im 2. Quartal 1908 für 138 232 und im 3. Quartal 1908 für 138 031 Mitglieder. Die Zahl der am letzten Tage des Quartals Arbeitslosen betrug:

	absolut	auf 100 Mitglieder
im 3. Quartal 1906	170	0,1
„ 2. „ 1908	1809	1,3
„ 3. „ 1908	2523	1,8

Davon befanden sich auf der Reise im 3. Quartal 1906 nur 28, im 2. Quartal 1908 schon 607, im 3. Quartal 1908 aber 806 Mitglieder.

Am Unterstützung zahlte der Fabrikarbeiterverband:

	Personen	Tage	Mark
im 3. Quartal 1906	1 242	11 317	13 225
„ 2. „ 1908	7 808	57 973	64 138
„ 3. „ 1908	8 455	56 232	63 384

Demnach ist die Zahl der arbeitslosen Mitglieder sowohl, wie die Zahl der Tage und die ausgezahlte Unterstützungssumme im vorliegenden Jahre rund 5 mal so hoch gewesen, wie im gleichen Zeitraum des Jahres 1906, das Jahres wirtschaftlicher Hochkonjunktur. Gegen das 2. Quartal dieses Jahres ist die Zahl der unterstützten Personen um 647 gehiezen, die durchschnittliche Dauer einer Arbeitslosigkeit jedoch von 12,4 auf 11,7 Tage gefallen, infolgedessen ist auch die Unterstützungssumme um fast 800 Mark zurückgegangen. Von den 49 berichtenden Verbänden steht der Fabrikarbeiterverband in bezug auf die Höhe der gezahlten Unterstützungen (absolut) an 4. Stelle. An erster Stelle steht der Metallarbeiterverband, ihm folgen der Holzarbeiterverband und der Verband der Buchdrucker.

